

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühren betragen für die stehengepaltene Poststelle oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 180 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 202.

Dienstag, den 30. August 1921.

28. Jahrgang.

Der Kampf um die Republik.

Aufruf des Reichskanzlers.

Schon seit geraumer Zeit erfüllt es die Reichsregierung mit Bedauern, daß die öffentlichen Sitten in Deutschland immer mehr in Verfall geraten und die Grundlagen von Reich und Staat zu erschüttern drohen. Zu einer Zeit, wo alle Kräfte der Nation daran gesetzt werden müßten, um die moralischen, sozialen und wirtschaftlichen Schäden des Krieges zu heilen, geht eine ungeheure Agitation immer offener aus Werk, um die politischen und staatlichen Fundamente zu untergraben, auf denen sich der Neubau des Reiches erheben soll. Die Sprache der Presse, welche diesen unheilvollen Bestrebungen dienen, wird von Tag zu Tag eindeutiger. Sie zeigt, daß der Plan gewissenloser Elemente und Gruppen, die den gewalttätigen Umsturz der verfassungsmäßigen Ordnung betreiben, in weitere Kreise des Volkes getragen werden soll.

Offen und in roher Form wird in solchen Organen und in Versammlungen zu Gewalttaten an den politischen Gegnern, ja zum Mord aufgefordert. Ungeheimlich halten die Führer dieser Bewegung die Zeit für gekommen, in der die Ziele nicht mehr verschleiert zu werden brauchen, sondern offen bekannt werden dürfen. Die Reichsregierung wird von dieser Bewegung als ein Klügel unfähiger, schwächlicher, undeutscher Politiker dargestellt, deren Befähigung patriotische Pflicht sei. Neben und in den Parteien, die in parlamentarischer Opposition stehen, gewinnen in letzter Zeit die Organisationen, Vereine, Gruppen und Persönlichkeiten an Bedeutung, die aus Haß gegen die demokratisch-republikanische Staatsform offen zur Verachtung der Verfassung und Verletzung der Gesetze aufrufen.

Die Not des Vaterlandes macht es zur doppelten Pflicht, mit harter Hand diesem Treiben teils gewissenloser, teils verblendeter Elemente entgegenzutreten. Ein schwerer Winter steht Deutschland bevor. Noch lasten auf uns schwere drückende Folgen des verlorenen Krieges, noch ist Oberschlesien dem Reiche nicht gesichert. Eine Rettung, für welche die Regierung seit Monaten sich und nicht ausichtslos kämpft, kann durch den offenen Ausbruch innerer Zwistigkeiten in Frage gestellt werden. Der politische Kredit des deutschen Reiches darf nicht erschüttert werden in einem Augenblick, wo wir den Anspruch auf Oberschlesien auf die Grundlage der Demokratie begründen. Ebenso wenig kann es geduldet werden, daß durch politische Unruhen die Wirtschaftskraft Deutschlands geschwächt wird, die zur Abtragung der schweren uns auferlegten Lasten aufs höchste angepannt werden muß. Nur durch dauernde, ungestörte Arbeit kann es gelingen, das Reich und das Volk über die schweren Zeiten hinwegzuführen, in denen Teuerung und steuerliche Höchstleistungen nebeneinander hergehen.

In dieser Lage des Vaterlandes die Verfassung und die Gesetze antasten oder verächtlich zu machen, heißt eine zweite, in Wahrheit erst vernichtende Niederlage und damit den Zerfall des Reiches vorbereiten.

Die Reichsregierung ist deshalb entschlossen, das zu tun, was die Zeitumstände und die Provokationen der Gegner, sowie die Verfassung gebieterisch erheischen. Die Verfassung, welche den demokratischen Forderungen der Freiheit, der Presse, der Vereine und Versammlungen verwirklicht, gewährt zugleich die Möglichkeit, diese Freiheiten zu beschränken, wenn sie zur Befähigung der Verfassung selbst und aller Freiheit schließlich mißbraucht werden. Von dieser Befugnis, die dem Reichspräsidenten zusteht, wird durch den folgenden Erlass Gebrauch gemacht. Die Reichsregierung hofft und ist überzeugt, daß alle rechtlich denkenden und zum Wiederaufbau des Vaterlandes willigen Deutschen hinter sie treten und mit ihr zum Schutze der Verfassung und der Gesetze zusammenwirken. Sie wird mit unerbittlicher Strenge gegen jede Auflehnung vorgehen und fordert alle Organe des Reiches und der Länder auf, in völliger Unparteilichkeit und ohne Ansehen der Person der Verordnung rückichtslos Gehorsam zu verschaffen.

Die Reichsregierung: Dr. Wirth.

Verordnung des Reichspräsidenten.

Auf Grund des Artikels 48 der Verfassung des Deutschen Reiches wird zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet folgendes verordnet:

§ 1. Periodische Druckschriften, deren Inhalt zur gewalttätigen Aenderung oder Beseitigung der Verfassung oder verfassungsmäßiger Einrichtungen des Reiches oder eines seiner Länder, zu Gewalttaten gegen Vertreter der republikanisch-demokratischen Staatsform, zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen, oder gegen innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffene Anordnungen der verfassungsmäßigen Behörden auffordert oder anreizt, können für die Dauer bis zu 14 Tagen verboten werden. Ein gleiches gilt für periodische Druckschriften, deren Inhalt die Billigung oder Verherrlichung solcher Handlungen darstellt, oder die verfassungsmäßigen Organe und Einrichtungen des Staates in einer den inneren Frieden des Staates gefährdenden Weise verächtlich macht. Das Verbot kann bis auf die Dauer von drei Monaten ausgedehnt werden, wenn die Druckschrift nach vorherigem Verbot nochmals gegen die Bestimmungen des Absatzes 1 verstößt.

Das Verbot gilt für das gesamte Reichsgebiet und umfaßt auch jede angeblich neue periodische Druckschrift, die sich sachlich als alte darstellt. Zuständig für den Ausdruck des Verbots ist der Reichskanzler des Innern, der die zum Vollzuge notwendigen Vorschriften erläßt.

§ 2. Die Beschlagnahme von Druckschriften ohne richterliche Anordnung ist außer in Fällen des § 23 Nr. 1 und 2 des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 auch dann zulässig, wenn der Inhalt der Druckschrift die Voraussetzung des Verbots nach § 1 Absatz 1 erfüllt.

§ 3. Wer die nach § 1 verbotene Druckschrift herausgibt, verlegt, druckt oder verbreitet, wird mit einer Geldstrafe von 500 000 Mark und mit Gefängnis oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 4. Versammlungen, Vereinigungen, Aufzüge und Kundgebungen können außer den Fällen des § 23 Nr. 1 des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 auch dann zulässig, wenn der Inhalt der Druckschrift die Voraussetzung des Verbots nach § 1 Absatz 1 erfüllt.

§ 5. Wer eine nach § 4 verbotene Versammlung usw. veranstaltet oder in einer solchen verbotenen Versammlung usw. als Redner auftritt, wird mit Geldstrafe bis 500 000 Mark und mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft. Wer an einer solchen verbotenen Versammlung teilnimmt, wird mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark und mit Gefängnis oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 6. Gegen das Verbot nach den §§ 1 und 4 und Beschlagnahmen nach § 2 ist eine Beschwerde an den Ausschuss zulässig; die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung. Die Mitglieder des Ausschusses und ihre Stellvertreter wählt der Reichsrat aus seiner Mitte. Der Ausschuss entscheidet in einer Besetzung von 7 Mitgliedern, die nach eigener freier Ueberzeugung erkennen. Den Vorsitz im Ausschuss führt ohne Stimmrecht der Reichsminister des Innern oder ein von ihm bestimmter Stellvertreter. Die Beschwerde ist beim Reichsminister des Innern einzureichen, der sie, falls er ihr nicht stattgibt, dem Ausschuss zur Entscheidung vorlegt.

§ 7. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 29. August 1921.

gez. Ebert, gez. Wirth.

Sozialistische Einheitsfront.

Der unabhängige und der sozialdemokratische Parteivorstand hielten am Montag mittag im Reichstag eine Besprechung ab, um sich über die dem Reichskanzler vorzuschlagenden Forderungen zu einig. In diesen Forderungen war ausdrücklich eine vollkommene Einigkeit festzustellen. Nach dieser Beratung begaben sich die beiden Delegierten zum Reichskanzler. Genosse Wels sprach im Auftrage der sozialdemokratischen Partei und brachte im wesentlichen dem Reichskanzler gegenüber zum Ausdruck, daß Vertreter unserer Partei mit den Unabhängigen gemeinsam vorgehen würden. Es sei unbedingt notwendig, gegen die nationalitätlichen Treiber, die sich die Arbeiterschaft in Form von Frontkämpfertagen usw. durch die Republikgegner gefallen ließ, einzuschreiten. Soll Deutschland nicht in schwere innerpolitische Wirren hineingeraten. Eine Reform unserer Justiz an Haupt und Gliedern im Sinne der Republik stellte Wels als dringende Forderung der Gegenwart auf. Gleichzeitig forderte Genosse Wels, daß auch in den andern Organen des Reiches notwendige Reformen durchgeführt werden müßten. — Ledebour betonte namens der USP die volle Uebereinstimmung der beiden Parteien und unterstützte in seinen weiteren Ausführungen nochmals die von Wels vorgetragene Auffassung. Der Reichskanzler antwortete, der Reichsregierung sei es bitter ernst mit den angefügten Maßnahmen und sie werde alle Mittel einsetzen, um für den Schutz der Republik Sorge zu tragen.

Endlich scheinen den Arbeiter die Augen aufzugehen. Der Mord an Erzberger hat gezeigt, wohin der Bruderkampf uns geführt hat. Die Ängeln, die Erzberger durchbohrt haben, sind zurückgeschneit und treffen durch die endlich in greifbare Nähe gerückte proletarische Einheitsfront die Nordkreise selbst. Die einzigen Arbeitermassen werden die Republik zu schützen wissen, gegen alle Anschläge. Andere Verteidiger wird sie doch nicht haben. Die Mittwoch-Demonstrationen werden beweisen, wie viele oder wie wenige bürgerliche „Republikaner“ bereit sind, sich offen zur Republik zu bekennen. Die Zivilkurage ist auch heute noch keine hervorstechende Eigenschaft deutscher Biedermänner.

Uebrigens geht die Reaktion zu offener Drohung über. Die „Deutsche Tageszeitung“ spielt mit dem Gedanken der Einstellung der Lebensmittelzufuhr nach den Städten. Sollte sie sich nicht einer gewissen Täuschung hingeben, was das Proletariat sich nach bieten lassen wird, und wo die Grenzen seiner Langmut gezogen sind? Die letzten Wochen lagen wir allerdings in sehr tiefem

Schlaf, in Lübeck und im Reich, aber seither gab es ein Erwachen. Die Arbeiterschaft wird jetzt die Republik zu schützen wissen, und sie wird auch dafür sorgen, daß ihr die gebührende Ehre wird. Man gebe sich keiner Täuschung hin. Die Zeit der schwarz-weiß-rotten Flaggenparade ist vorbei; auch die Nordische Woche darf kein Anlaß dazu sein. Wer flaggen will, der kennt die Farben der deutschen Republik, und wer glaubt, die Zeit sei auch jetzt noch günstig, um mit Wilhelms Flagge sich zu zieren, der hat eine schmutzige Brille auf. Es könnte ihm schlecht bekommen! Die Arbeiterschaft ist gereizt bis aufs Blut, und wenn sie die alte Hohenzollernflagge nicht mehr sehen will, so ist das unter den heutigen Verhältnissen mehr als verständlich. Wir warnen! Und wir fragen den süßigen Staat, ob er überall da die schwarz-rot-goldene Farbe zeigen will, wo er überhaupt flaggt? Die Ausrede, die jetzt schon leicht anflingt, daß man (wie früher) die süßigen Farben aufziehen will, ist das Schlimmste, weil sie Feigheit verhillen soll.

Wir glauben, daß sich der Senat immer noch nicht darüber klar ist, daß er nur das ausführende Organ des Volkes darstellt, und wir fürchten, daß die Bürgerchaft dem Senat das nicht oft genug eingepreßt hat. Sonst hätte auch ein „Hoher Senat“ eine andere Auffassung von seinen Aufgaben; und er würde nicht treu und fest sich gegen alles republikanische wehren. Wir lassen uns gerne eines Besseren belehren, wenn am Donnerstag alle öffentlichen Gebäude die Farben des Volkes zeigen; dann nehmen wir mit Freuden alles zurück, was hier steht. Aber voraussichtlich kommen wir nicht in diese Verlegenheit.

Spannung.

Die Revolvergeschüsse, die Erzberger niederstreckten, und der Butschkei, der durch das bisher so widerlich langmütige und lammgeduldige republikanische Deutschland gelte, führen den Leuten um Helfferich unjanz in die Knochen. Bei dem Hochmut und der Herrschsucht dieser Leute wäre es jedoch naiv, wollte man auf Selbstbesinnung und Einsicht rechnen. Nur die „Deutsche Tageszeitung“ kommt so zwischen durch in einem Satz auf den Gedanken, die Tammenbergseiern und ähnliche Veranstaltungen seien vielleicht doch Dinge, die man nicht übertreiben dürfe. Aber dieses kleine Fünkchen von Erkenntnis verschwindet in dem Gewölk des Hasses gegen Erzberger und seine Verteidiger. Wie abgefertigt, verwenden die Herrschaften von der „Deutschen Zeitung“ bis zur „Täglichen Rundschau“ alle denselben Trick: man stürzt sich auf diesen oder jenen Satz der Linkspresse und hält ihn den Lesern unter die Nase und kreischt: Da, seht die Hyänen, die an der Leiche Erzbergers die Morgenröte einer neuen Revolution „erschmüffeln“!

Wer kennt Euch nicht, Wharisäer, die nie zugeben können, daß sie auch einmal gesündigt haben. Wir sagten: die Ermordung Erzbergers und ihre politischen Folgen und dazu der systematische Mordanschlag auf den republikanischen Fanatiker führt naturgemäß zu blutigen Unruhen. Die Linksparteien können nicht schämsmäßig zusehen, bis der letzte Führer abgeschossen ist. Wir sagen: Unvermeidliche Folge, wenn die Republik sich nicht vorzieht. Die Giftzungen der Erzbergerhege sagen, wir wollten diese Folgen — ein Trick, der aber die moralische Stümpfung nicht verhindern kann, die in diesen Tagen den Rechtsparteien zuteil wird. Ein zweckloser und überflüssiger Trick; denn was die Rechtsjournalisten verdunkeln wollen, wird durch die gottlosen Mäuler in den Rechtsparteien erst recht offenbar und rüchbar. Während die Federn der Rechtsblätter kriechen und schreiben, um die Blutstropfer zu verschleiern, die nicht wegzutragen sind, blamiert der Beifall deutschnationaler Kreise über die Mordtat die eigenen Leute. Welch eine sittliche Verwilderung in den Rechtsparteien! Man ist sprachlos. Diese Schamlosigkeit, diese unmensliche Roheit, die in diesen Tagen auf den Lippen rechtsstehender Kulturträger prunkte, muß die Rechtsparteien unheilbar kompromittieren. Nulla dies sine linea — auf deutsch: kein Tag ohne Schmutz! Georg Blum schildert im Pariser „Journal“ den Eindruck der schauerlichen Nachricht über die Ermordung Erzbergers in Swinemünde. Er schreibt: „Niemand dachte daran, das Opfer auch nur einen Augenblick zu beklagen, im Gegenteil verleumdete jeder nach Herzenslust den, der zweifellos einer der größten Politiker des modernen Deutschlands gewesen ist.“ Eine Persönlichkeit von etwa 50 Jahren, dem Anschein nach ein früherer Offizier, der im Knopfloch eine Unmenge vielfarbiger Bänder trug, rief aus: „Endlich ist der Hund ver-

recht! Er hat uns genug geschadet!" Ein neben ihm stehender junger Mann, der Typ des jungen modernen Deutschen, warf sich in die Brust und sagte: „Wenn ich dabei gewesen wäre, hätte ich ihm noch eine Kugel in den Leib gejagt!“ — Der Franzose bemerkt zu diesem Unflut der Feindschaft, das sei also das Deutschland von heute. Das stimmt nun nicht. Was der Franzose in Swinemünde zu sehen bekam, das war und ist das Deutschland von gestern, wenigstens es heute triumphiert. Mit diesem Sumpf, mit dieser moralischen Verwahrlosung gibt es für uns keine Verständigung. Man sage nicht, diese Stimmen aus einem Seebad seien nur Ausnahmen. Nein, wir wissen Bescheid. Wir wissen, wer lassen kann. Wir wissen aber auch, daß dieses Deutschland, wie es sich in Swinemünde und sonstwo breit macht, wenn es zur Herrschaft wieder kommen sollte, den „Ruhm“ Horty-Ungarns weit in den Schatten stellt. Mit dem Stöckchen würde die Auswahl unter uns getroffen, so wie es Galliset auf der Straße von Paris nach Versailles machte.

Wir haben die kommende nicht gewollte, Revolution an die Wand gemalt als Warnung. Wir sagen heute zum dritten Mal: es soll sich doch um Deutschlands Willen niemand täuschen um die furchtbare Spannung, unter dem augenblicklich der politische Herd kesselt. Die wirtschaftliche Situation ist über alle Maßen gefährlich. Man kann sie nicht trostlos schildern als Dr. Heim das getan hat. Die „Frankfurter Zeitung“ fragte den Bauern doktor, ob er nichts wisse zur Rettung. Es ist fatal, selbst die „Ordnungszelle“ ist zu Ende mit ihrem Latein. Polizeifauf, Knüppel und Ausnahmezustand — das sind die Mittel für den „feilschen Wiederaufbau“, den Dr. Heim einmal im Reichstag forderte. Die Revolte des Egoismus macht aus den Steuerfragen ein Gewirr unlösbarer Probleme. Nicht das Einmaleins, sondern sittliche Stärke kann helfen. In diese bis zum Äußersten gespannte politische Atmosphäre fragen nun die Schüsse deutschnationaler Revolverhelden. Die Arbeiter fragen: „erkannt: werden wir zusammen mit der deutschen Republik verurteilt?“

Wir rufen: Ventile auf! Kein Zögern! Entschlossene Taten! Nicht Mordtaten, sondern Reformen, längst überfällige Reformen! Der Reichspräsident hat eine Verordnung erlassen zum Schutze der Republik. Gut so, aber was fehlt der Glaube, daß durch diese Verordnung ein wirklicher Schutz der Republik geschaffen wird. Es verlaute, die Gewerkschaften kämen auf die acht Punkte aus den Tagen des Kapp-Putschs zurück. Ja, hätte man damals den Willen der republikanischen Arbeiter erfüllt, dann könnte heute nicht der Feind der Republik, die antirepublikanische Rechtspreffe, die Organe der Republik auffordern, gegen die Verteidiger der Republik im Interesse der öffentlichen Ordnung einzuschreiten. Es gibt keine Ruhe und keine Sicherheit für die Republik, wenn nicht ein gesundes Gleichgewicht der Kräfte in Verwaltung, Justiz, Reichswehr — in allen Organen des Reiches und der Länder hergestellt wird. Man erzählt sich, daß die Beamtenhaft im Reichsernährungsministerium zu 90 Prozent deutschnational sei. Vielleicht eine Ubertreibung. Tatsache aber ist und bleibt, daß die Sozialdemokratie nicht im Verhältnis zu ihrem großen politischen und wirtschaftlichen Schwergewicht in der Verwaltung und Leitung des Staates Berücksichtigung findet. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Die Sozialdemokratie ließ sich durch das Geschick, es dürften nur Leute in die Ämter kommen, die das Handwerk verstanden, einschüchtern. Gewiß — das ist kein Geheimnis — die Sozialdemokratie und die Arbeiterbewegung konnte weder im November 1918, noch im März 1920 Knall und Fall fertige Bureauraten an wichtige Posten stellen. Das kann sie auch heute nicht. Aber soll die Sozialdemokratie deswegen, weil das kaiserliche Deutschland es nicht gestattete, daß ein Sozialdemokrat Nachwächter wurde, auf Jahre hinaus zusehen, wie die schönsten Geseze und Verordnungen in der Hand von offenen oder versteckten Feinden der Republik in wertlose Paragrafen verwandelt werden? Es ist nichts Uebermenschliches, was die Arbeiter von der Reichsregierung, die in diesen kritischen Tagen gewiß halb dollzählig in Berlin versammelt sein wird, fordern. Es ist eine Forderung der Gerechtigkeit und Billigkeit. Außergewöhnliche Zeiten verlangen außergewöhnliche Mittel. Irrenswann muß doch einmal ein Anfang mit der Demokratisierung gemacht werden. Die Demokratie ist doch — sogar nach der Ansicht der Deutschen Volksparteier — unsere Existenzgrundlage. Ja, was ist denn Demokratie, wenn nicht Gerechtigkeit gegenüber den verschiedenen Volksschichten hinsichtlich ihrer Teilnahme an der Leitung der Staatsgeschäfte? Wenn eine Statistik aufgemacht würde über die Zugehörigkeit der Beamten in den Staatsämtern zu den verschiedenen Parteien, dann würde sich bald in Deutschland kein Arbeiter mehr wundern darüber, daß es bei uns so zugeht, wie es zugeht.

Ventile auf, beseitigt die ungeheure Spannung, die auf den Massen lastet! Wenn in der Verwaltung, wenn in der Reichswehr, um nur zwei Dinge herauszugreifen, sozialdemokraten stehen, wie eine gerechte Berücksichtigung der verfassungstreuen Volksschichten das fordert, dann werden wir bald Ruhe haben. Die Arbeiterschaft wird sich diesmal nicht wieder mit Versprechungen abspeisen lassen. Wenn man ihr die Männer, auf die sie Vertrauen setzt, wegknallt, dann dürfen sich die Mordschützen und ihre Freunde und Helfer nicht wundern, wenn für den Verlust die Arbeiter andere Garantien verlangen.

An die Arbeiterjugend

erläßt der Hauptvorstand des Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands diesen Aufruf:
Arbeiterjugend! Jugendgenossen! Die Republik ist in Gefahr. Die Ereignisse der letzten Tage, der Mord Erzbergers bezeichnen den Ernst der Situation. Als die junge Generation der Arbeiter dürfen wir in diesen Tagen nicht müde werden. Die Erhaltung der Republik und ihrer demokratischen Verfassung ist die Vorbedingung für die Bewirkung unserer sozialistischen Ideale. Sie gab uns die Möglichkeit unseres Kampfes, sie gewährte unserer sozialistischen Jugendbewegung die elementarsten Lebensmöglichkeiten, die uns der monarchische Obrigkeitsstaat jahrelang vorenthalten hat.
Das Ringen um die Republik ist das Ringen um unsere Zukunft. Nehmt daran in Massen teil an der Demonstration der sozialistischen Arbeiterschaft am Mittwoch, 31. August. Demonstriert mit den Fahnen der Republik gegen den Mordmord und die Reaktion für die Republik und den Sozialismus.

Des Völkerbundrates erste Sitzung.

Genf, 30. August.
Gestern nachmittag um 4 Uhr wurde die erste Sitzung des Völkerbundrates eröffnet. Alle Mitglieder des Rates waren anwesend. Der Präsident J. Hill ergriff sofort das Wort und begann mit der Verlesung seines Berichtes über Oberschlesien. Der Vortrag wurde von den Anwesenden mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen. Hill legte die ober-schlesische Frage auseinander und erinnerte an die Bedingungen, unter welchen die Abstimmung stattfand. Er entwickelte alsdann die verschiedenen Punkte, worüber der Rat entscheiden sollte. Auf seinen Antrag beschloß der Rat einstimmig, die Regelung der ober-schlesischen Frage zu übernehmen. Es handelte sich nicht darum, in einem Konflikt zwischen zwei Mächten als Schlichter zu entscheiden, sondern um dem Obersten Rat eine präzise Antwort auf die von ihm gestellten Fragen zu geben. Infolgedessen wird es vielleicht nicht nötig sein, die Vertreter Deutschlands und Polens zu vernehmen. Der Völkerbundrat ernannte Lord an einstimmig Lord, den Völkerbundrat in London, zum Präsidenten für die Tagung des Rates, die Mittwoch beginnen wird. Heute, Dienstag, findet keine Sitzung statt.

Rasche Entscheidung?

Genf, 30. August.
In Kreisen des Völkerbundrates glaubt man an eine sehr schnelle Erledigung der ober-schlesischen Frage und auch der Einbruch, den die heute nicht öffentliche Sitzung des Rates gemacht haben soll, ist, wie man hört, der gewesen, daß die ober-schlesische Frage, so wenig man natürlich auch heute bereits über die Entscheidung der einzelnen Mitglieder des Rates etwas wissen kann, wohl im Sinne der englischen Auffassung entschieden werden dürfte. Darauf wird auch die auffällige Schwärzung der Havasagentur zurückgeführt, die noch vor wenigen Tagen allerlei Tendenzmeldungen publiziert und seither zu einer mehr objektiven Berichterstattung übergegangen ist.

Blutige Zwischenfälle bei der Räumung Westungarns.

Wien, 29. August.
Bei der gestrigen Uebernahme von Westungarn wurde bereits das Gebäude der Debenburger Zeitung von Polizei und Gendarmen besetzt. Sonntag nachmittag trafen bewaffnete Banden auf dem Debenburger Bahnhof ein, verhielten die Abfahrt eines Zuges und zwangen die Passagiere zum Verlassen der Wagen. Der Debenburger Bahnhof wurde besetzt gehalten und der Führer der „Erwachenden Ungarn“, der Oberleutnant Hejjas hat dort sein Hauptquartier aufgeschlagen. Bei Agendorf und Pinfafeld ist es zu einem blutigen Gefecht zwischen ungarischen Banden und österreichischer Gendarmen gekommen, wobei es auf beiden Seiten Tote und Verwundete gab. Bei Agendorf mußten sich die Ungarn, bei Pinfafeld die Österreicher zurückziehen. Bei Pinfafeld gab es drei Tote. Der Kommandant der Abteilung wurde durch einen Oberstentenschuß verwundet. Aus Wien ist abends ein Extrazug mit 500 Schutzmannschaften nach Debenburg abgegangen. Von ungarischer Seite wird erklärt, daß die Räumung bereits durchgeführt sei und daß eine zweite Linie von Gendarmen und Zollwachen provisorisch noch besetzt gehalten wird, weil das Gebiet von fünfzig noch nicht vollkommen geräumt worden sei. Die Nachricht von den blutigen Zwischenfällen hat in Wien große Erregung hervorgerufen.

Der ungarische Vorstoß.

Die Wiener Morgenblätter vom Montag bringen weitere Einzelheiten über den bewaffneten Widerstand der Ungarn gegen die in Westungarn einmarschierende österreichische Gendarmen. Sie werfen der ungarischen Regierung Hinterhältigkeit vor, da hier zweifellos eine planmäßige, wohl vorbereitete Handlung vorliege, die von der ungarischen Regierung gelitten wurde. Die Blätter sehen die Lage als sehr ernst an und erwarten, daß die Entente dafür Sorge tragen wird, daß die Ungarn ihren Verpflichtungen nachkommen. Es sei selbstverständlich, daß unter solchen Umständen an Verhandlungen mit Ungarn, wie sie gestern im Ausmaß für Keuperes vorgeschlagen wurden, nicht zu denken sei, da die Vorbedingung zu den Verhandlungen die anstandslose Räumung Westungarns gewesen sei.

Auch im Wiener Amt des Auswärtigen sei man, wie die „Montagszeitung“ meldet, der Ansicht, daß hier nicht nur eine offensichtliche Verletzung des Friedensvertrages, sondern auch des Uebereinkommens über die Räumung vorliege, das eine Zwischenzone nicht lasse. Der Sonderberichterstatter wurde gestern abend nach der Rückkehr von Debenburg vom Bundeskanzler Schöber empfangen, der sich folgenmaßen äußerte: „Ich erhielt eine Reihe von Alarmnachrichten aus Westungarn, die die schlimmsten Befürchtungen aussprechen. Leider sind wir zu schwach, um in dieser Lage zur Selbsthilfe zu greifen. Ich werde aber die mir zumutenden Berichte zur Kenntnis der hiesigen Vertretung der alliierten Mächte bringen und das dringende Ersuchen stellen, daß sofort alle erforderlichen Maßnahmen getroffen werden, um eine Uebergabe des ganzen uns zuzehenden Gebietes zu ermöglichen.“

Nach einem weiteren Bericht ist es nicht ausgeschlossen, daß die Entente Truppen aus Oberschlesien in Westungarn verwendet, denn es besteht, wie das Blatt hört, ein Uebereinkommen zwischen Oesterreich und den Ententemächten, nach dem die letzteren für den Fall einer gewaltsamen Behinderung der Uebergabe beschließen, Truppen von dort nach Westungarn zu entsenden.

Hirschfeld der Mörder?

Berlin, 30. August.
Die politische Polizei glaubt nunmehr einen der Mörder Erzbergers mit ziemlicher Sicherheit ermittelt zu haben. Sie schließt auf den Führer der „Erwachenden Ungarn“, der seit dem Beginn des Hirschfeld-Prozesses das Attentat auf Erzberger verübte. Er wurde deshalb vor 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt, die er in der Strafanstalt zu Regel verbrachte. Vor vier Monaten war Hirschfeld von der dortigen Direktion auf 4 Monate beurlaubt worden. Er sollte sich am verflochtenen Sonntag, 10.50 Uhr vorm. zur weiteren Verbüßung seiner Strafe in der Strafanstalt zu Regel wieder einstellen, ist dort aber nicht wieder erschienen. Sein Aufenthalt ist nicht bekannt. Die Befragung des Hirsch-

feld paßt in allen Einzelheiten auf die Beschreibung, die von dem großen blonden Täter gegeben worden ist. Alle Nachforschungen nach Hirschfeld sind bisher erfolglos geblieben. Seine Eltern wohnen zur Zeit in einem kleinen Bade bei Raumburg. Da die Umstände, die im Interesse der Untersuchung noch nicht veröffentlicht werden können, die Eltern verdächtig gemacht haben, sind sie gestern vormittag festgenommen worden und befinden sich bereits auf dem Wege nach Berlin, wo sie heute eintreffen werden, um sofort vernommen zu werden. Den Spuren Hirschfelds ist man nachgegangen und hat festgestellt, daß er vielfach im Deutschen Reich während dieser vier Monate seines Urlaubs herumgerast ist und immer mit reichlichen Geldmitteln ausgestattet war.

Ueberführung der Leiche Erzbergers nach Bieberach.

Dppenau, 30. August.
Gestern wurde die Leiche Erzbergers nach Bieberach überführt. Am Nachmittag fuhr dann Frau Erzberger über Freudenstadt nach Bieberach ab. Auch ihr gefallener Sohn soll nach Bieberach überführt werden.

Besprechungen der Arbeitnehmerorganisationen mit dem Reichskanzler.

Berlin, 30. August.
Gestern nachmittag fand, wie bereits berichtet, eine Besprechung von Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Demokratischen Gewerkschafts deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände und des Arbeiterbundes mit dem Reichskanzler statt. Die Vertreter der Gewerkschaften wiesen auf den durch die jegliche Mordtat bligartig beleuchteten Charakter der politischen Situation hin und schilderten die in den Reihen der Arbeiterschaft vorhandene starke Beunruhigung. Es wurde von ihnen mit Bedauern festgestellt, daß die am 20. März v. J. zur Sicherung der Republik getroffenen Vereinbarungen (8 Punkte) bis heute unerfüllt geblieben seien und daß seitdem die Reaktion immer mehr erstarkt sei. Ausschreitungen schwerster Art gegen das Ansehen der Republik und deren Einrichtungen hätten sich ereignet. Der Mord an Erzberger sei symptomatisch für die politische Atmosphäre. Die Vertreter der Gewerkschaften riefen daher an den Herrn Reichskanzler die dringende Aufforderung, zur Beseitigung dieser Zustände in schärfster Weise durchzugreifen, insbesondere fordern sie die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern, Mitteldeutschland und Ostpreußen, das Verbot für Angehörige der Reichswehr, an antirepublikanischen Kundgebungen teilzunehmen, wie überhaupt die Ergreifung energischer Maßnahmen zur Sicherung der demokratischen Republik. Sie erwarteten von der Regierung, daß sie nun verzüglich die erforderlichen Maßnahmen treffe.

Der Reichskanzler erklärte in seiner Erwiderung, daß er die von den Vertretern der Gewerkschaften vorgetragene Besorgnisse teile. Es sei daher bereits eine Verordnung erlassen, die gezielte sein dürfte, den gerügten Mißständen nachdrücklich zu Leibe zu gehen. Wegen der Aufhebung des Ausnahmezustandes, die auch er für wünschenswert halte, sei er bereit, mit den betreffenden Ländern in Verbindung zu treten. Die hinsichtlich der Reichspresse gegebenen Anregungen würden Gegenstand einer bevorstehenden gesetzgeberischen Maßnahme sein. Der Reichskanzler behielt sich vor, den Vertretern der Gewerkschaften über die Wirkung der getroffenen Maßnahmen in den nächsten Tagen eine Mitteilung zulomen zu lassen.

Der Bürgermeister von Lipine ermordet.

Beuthen, 29. August.
Gestern Nacht ist der Bürgermeister von Lipine, Dr. Roesner, als er sich in seine Wohnung begab, von drei unbekanntem Männern verfolgt und am Eingang seiner Wohnung durch drei Schüsse getötet worden. Die Täter sind unerkannt geblieben. Dr. Roesner ist als Führer der deutschen Bewegung in Oberschlesien bekannt. Er hat 7 Jahre lang das Amt als Bürgermeister in Lipine versehen.

Unsere „gebildete“ Jugend.

Ein Student schreibt der „Welt am Montag“: Vor einiger Zeit ging ich mit einem Chinesen, einem Studenten der Medizinschule zu Peking, und einem seiner Landsleute abends über den Marktplatz in Peking. Einige Studenten, Angehörige der Verbindung „Salla“, standen dort unter einer Laterne. Als wir etwa sechs Schritt an ihnen vorbei waren, rief einer von ihnen: „Das sind Japaner, denen müssen wir ein paar in die Fresse hauen.“ Nachdem er scheinbar seinen Irrtum erkannt hatte, erklärte er mir gegenüber: „Na, jedenfalls sind's Ausländer, und als anständiger Korporationsstudenten schlagen wir jedem Ausländer in die Fresse.“

Zusammenbruch und Revolution.

Soeben ist im Verlage der „Freiheit“, Berlin, eine neue Schrift von Karl Rautsky: „Von der Demokratie zur Staatsflaveret, eine Auseinandersetzung mit Trotski“ (Preis 12 M., 128 Seiten) erschienen. In dieser Schrift erörtert Rautsky auch die Möglichkeiten des Sturzes des Kapitalismus und die Ergreifung der politischen Macht durch das Proletariat. Was er da über die inzwischen bereits wieder fallengelassene Theorie der Kommunisten — siehe die Vorschläge der K. P. D. zu den Steuern und Staatsfinanzen in Nr. 379 der „Roten Fahne“ — über den Zusammenbruch des Kapitalismus sagt, ist von größter Bedeutung. Wir drucken deshalb nachfolgend die darauf bezügliche Stelle mit Erlaubnis des Verlags ab:
Der Kapitalismus ist eine Produktionsweise ganz eigener Art. Er führt nicht, wie Feudalismus und Sklaverei, zum Verkümmern der Produktivkräfte, sondern zu ihrer kräftigsten Entfaltung. Er muß also in ganz anderer Weise ein Ende nehmen als die alten Gesellschaften der Sklaverei und Feudalität.
Ich habe stets die Ansicht bekämpft — unter anderem in meiner Schrift gegen meinen Freund Bernstein 1899 —, daß

der Sozialismus aus dem Zusammenbruch des Kapitalismus hervorgehen werde. Ich erklärte damals die Auffassung als eine Uebertreibung Marx'scher Gedankengänge zu Zwecken revisionistischer Kritik. Ich ahnte nicht, daß das, was ich als Bernsteinsches Mißverständnis Marx'scher Gedankengänge betrachtete, einmal einen hollschewistischen Glaubensartikel darstellen werde.

Ich hielt es für möglich, daß die Ausdehnung des Kapitalismus schließlich ein Hindernis insofern finden könne, daß der Markt sich nicht so rasch ausdehne wie die Produktionskräfte, was zu chronischer Ueberproduktion oder zu der Einengung der Produktion durch Kartelle führen könne. Ich bin seitdem in bezug auf die Ausdehnungsfähigkeit des Marktes durch Beobachtungen und theoretische Arbeiten optimistischer geworden. Aber auch damals erwartete ich das Kommen des Sozialismus nicht von der chronischen Ueberproduktion und schon gar nicht von einer der ihr vorhergehenden Krisen, die dem kapitalistischen Krisenzyklus eigentümlich sind, sondern von der Verschärfung der Klassengegenstände und dem Wachsen des Proletariats an Kraft, also, um mit Marx zu sprechen, von der

„Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise selbst geschuldeten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse“ (Kapital I, Volksausgabe, S. 690).

Der Sklave und der Leibeigene vermochten sich unter Umständen auch zu empören, aber sie waren unfähig zu einem dauernden, organisierten Klassenkampf, der ihre Fähigkeiten höher entwickelt hätte. Und wäre es ihnen gelungen, einmal irgendwo die Macht zu gewinnen, hätten sie nichts anderes damit anzufangen gewußt, als sich selbst in freie besitzende Arbeiter zurückzuverwandeln, den Zustand wieder herzustellen, aus dem sie hervorgegangen waren. Sie zeigten sich unfähig, die Gesellschaft höher zu entwickeln.

Das vermag nur die Lohnarbeiterschaft, und nur sie findet in den wirtschaftlichen Verhältnissen ihrer Zeit den Antrieb wie die Möglichkeit dazu.

Weil wir aber von der Kraft des Proletariats und nicht vom Zusammenbruch des Kapitalismus und des Sozialismus zu erwarten haben, ist es ganz töricht, wenn heute viele Revolutionäre glauben, wir hätten nichts Wichtigeres zu tun, als die nach dem Kriege beginnende Wiederbelebung des Produktionsprozesses zu stören und die Krisis zu verschärfen, denn um den Sozialismus sei es geschehen, wenn der Kapitalismus sich wieder befestige.

Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Nie ist das Proletariat ökonomisch schwächer, weniger kampffähig, als in Zeiten der Krisis. Nie macht es rascher Fortschritte und zeigt es sich entschlossener und kampflustiger, als in Zeiten der Prosperität. Und die ökonomische Situation wirkt auf die politische zurück.

Ich weiß mich zu erinnern, daß es einmal tiefen Eindruck auf mich machte, als Engels mir, ich glaube, es war 1886, sagte:

„So lange die Krisis dauert, werden wir das Sozialistengesetz schwerlich los. Daß aber erst wieder einmal die Geschäfte besser gehen, und der deutsche Arbeiter läßt sich das Sozialistengesetz nicht länger gefallen.“

Das überraschte mich, denn ich, wie wohl die meisten von uns, hatte erwartet, gerade das Glend der Krise müßte die Arbeiter am rebellischsten machen. Aber Engels behielt recht.

Wir dürfen nie vergessen, daß, so wie die kapitalistische Produktionsweise nicht etwa eine besondere Art des Feudalismus, sondern von diesem grundverschieden ist, so auch das Ende des Kapitalismus ganz anderer Art sein wird als das des Feudalismus.

Die bürgerlichen Revolutionen entsprangen aus Hungerrevolten verzweifelnder Massen. Die revolutionäre Bedeutung der Lohnarbeiter für den Sozialismus besteht in ihrem Aufsteigen aus dem Stadium der Verzweiflung in das Stadium der Kraft. Nicht aus ihrer Verzweiflung, aus ihrer Kraft wird die Ueberwindung des Kapitalismus und der Fortschritt zum Sozialismus kommen. Diese Kraft ist bei gutem Fortgang der Produktion größer als bei ihrem Stoden und Verjagen.

Politik von früher.

Der Friede mit Amerika läßt die Blicke wieder rückwärts schweifen zu den kritischen Apriltagen des Jahres 1917, in denen der mächtigste und ausschlaggebende Gegner der Mittelmächte auf den Kriegspian trat: Amerika. Gerade in der Behandlung Amerikas manifestierten sich in besonders hellem Lichte die Unfähigkeit der Leiter der deutschen Kriegspolitik. Diese Tatsache ist so augenfällig, daß selbst die Blätter der damaligen konservativen, heute sich „deutschnational“ nennenden Partei, die den jetzigen Friedensschluß in eigenen Artikeln behandeln, an ihr nicht vorübergehen können. Ergötzlich ist dabei der Gieranz, mit dem man um die hier besonders schweren Verschuldungen der damaligen kaiserlichen Kriegspolitik herumzukommen sucht.

So schreibt die deutsche „Tages-Zeitung“:

„Ein unglückliches Geschick hat es gefügt, daß Deutschland und Amerika, zwei Staaten, die Blutsbande, alte traditionelle Freundschaft und Interessengemeinschaft verband, die im Grunde kein Gegensatz wesentlichen Art trennte, im Weltkrieg Gegner geworden sind. Wer bei Kriegsbeginn diese Möglichkeit ernsthaft ins Auge gefaßt hätte, wäre wohl auf beiden Seiten des Atlantik als nicht zurechnungsfähig angesehen worden. Und in der Tat bedurfte es ganz besonders ungünstiger Umstände, um den Bruch herbeizuführen. Die Vereinigten Staaten standen im Kriege unter doppeltem, für das Verhältnis zu Deutschland verhängnisvollem Druck, nämlich unter der Führung eines im Herzen anglophilen, autoritären, ehrgeizigen, phrasenhafte, aber charakterschwachen Präsidenten und unter der täglichen Beeinflussung einer von der Entente zum Teil ausgehenden, zum Teil sonst beeinflussten deutschfeindlichen Presse, die sich zum Werkzeug der Krupellofen feindlichen Kriegspropaganda machte. Diese unaufhörlichen Einwirkungen waren um so gefährlicher, als der Durchschnittsamerikaner von europäischen Verhältnissen so gut wie nichts weiß, als er sensationslustig und gleichzeitig sentimental ist und als durch die Kabelsperrre und durch sonstige Behinderungen die deutsche Gegenpropaganda keine Erfolge erzielen konnte.“

Dieses amerikanische Blut eingespritzte Gift der Verleumdung in Verbindung mit Wilsons Politik, die den Interessen der amerikanischen Kriegsgewinner trotz aller schönen Worte folgte, der eigentliche Grund für die fast von Kriegsbeginn an parteiliche Haltung Amerikas und schließlich

auch für den am 2. April 1917 durch den Kongreß beschlossenen Kriegszustand mit Deutschland gewesen. Der U-Boot-Krieg war nur der äußere Anlaß.“

Das ist die gleiche Logik, von der auch die damalige Kriegspolitik beherrscht war: „Es waren, besonders ungünstige Umstände“, die das Verhältnis zwischen Deutschland und Amerika bestimmten. In Amerika gab es starke Strömungen, die zum Kriege drängten. Das ist alles richtig. Aber — und dies macht die Hirtlosigkeit dieser Politik aus — weil es sich so verhielt, deshalb ver sch l i m m e r t e man auf deutscher Seite die an sich schon ungünstigen Umstände, deshalb schuf man eine Situation, die den Kriegen, die drüben zum Kriege drängten, ihre Arbeit möglich machte. Amerika war zum Kriege geneigt. Gut. Aber war es dann unsere Aufgabe, den Kriegsanlaß zu geben und dem Lande, mit dem uns laut „Tageszeitung“ Blutsbande und alte traditionelle Freundschaft verbanden, den Eintritt in den Krieg möglichst bequem zu machen? Sollte nicht vielmehr unsere Aufgabe darin bestehen sollen, es dem befreundeten Lande so schwer wie möglich zu machen, mit uns anzubinden?

Wir haben es hier mit einem Schulbeispiel zu tun: es geschah bei uns immer das Gegenteil dessen, was hätte geschehen müssen.

Aber man tat nicht nur in der politischen Behandlung Amerikas das Verkehrte, man gab sich auch über die kriegerischen Wirkungen des Eintritts Amerikas in den Weltkrieg den schlimmsten Täuschungen hin. Die Annahme, daß Amerika gar nicht in der Lage sei, Truppen in nennenswerter Zahl nach den europäischen Kriegsschauplätzen zu bringen, ist durch die späteren Ereignisse in ihrer ganzen Haltlosigkeit gezeigt worden. — Die Leute aber, die an dieser Art „Politik“ ihr vollgerüttelt Maß von Schuld mittragen, reden heute von einem Dolchstoß der Heimat, dem die Armee zum Opfer gefallen sei. Gewiß ist der Krieg in der Heimat verloren worden, aber von den Leuten, die sich um die „Deutsche Tageszeitung“ und ihre Hintermänner gruppierten!

Gipo-„Meuterei“ in Gahjen.

Chemnitz, 26. August.
Die „Allgemeine Zeitung“ berichtet: Bei einer Hundertschaft der Chemnitzer Landespolizei ist vor einigen Tagen eine Meuterei ausgebrochen. Als von der Hundertschaft verlangt wurde, zu einer angelegten Übung außerhalb der Stadt den Stahlhelm anzusetzen, trat sie mit dem Szako an. General Reichert-Dresden, der der Übung beiwohnen wollte, erstattete Meldung an den Ministerpräsidenten Buß und dieser verfügte die sofortige Entlassung der Leute. Inzwischen sind an den zuständigen Stellen Verhandlungen eingeleitet, um die Wiedereinstellung der Entlassenen herbeizuführen.

Die Angelegenheit scheint aus politischen Gründen stark aufgebauscht zu sein. Auch ist es bezeichnend, daß dieser „sensationsvolle“ Fall von einem rechtsstehenden Blatt in die Öffentlichkeit gebracht wird. Als die Berliner Hundertschaft „zu besonderer Verwendung“ dem Obersten Kaupisch bei Zutritt in ihre Kaserne verweigert, über diese wirkliche Meuterei nichts bekannt geworden.

Aus einer später eingelaufenen WTB-Meldung geht überdies hervor, daß die Beweggründe der Gipo-Hundertschaft außerordentlich vernünftig und durchaus zu billigen waren: in der Erkenntnis, daß die Stahlhelme lediglich provozierend auf weite Teile der Arbeiterschaft wirken, wollten sie nicht, zumal in der jetzigen gespannten Situation, zu einem solchen provozierenden Auftreten gezwungen werden. Die Chemnitzer Polizeibeamtenschaft hat sich in einer Versammlung fast einstimmig mit der von einer Maßregelung bedachten Hundertschaft solidarisch erklärt. Das gleiche tun wir auch!

Gedanken über das Streikrecht der Beamten.

Von Adolf Domnig.

SAK. Es gehört eine ziemliche Portion verstandesmäßiger Ueberwindung dazu, sich bei einer so wichtigen Frage, wie es das Streikrecht der Beamten ist, nicht von der naturwichtigen Empfindung leiten zu lassen: „Recht ist, was mir gefällt“. Ein Streik der Beamten, der Post oder Eisenbahn hat für Millionen unzweifelhaft so unerbildbaren Schaden, daß der Widerwille der Bevölkerung gegen das Streikrecht der Beamten erklärlich erscheint. Es lebte sich für die große Menge gemüthlicher zu der Zeit, als der Beamte noch in völliger Abhängigkeit stehend, nicht wagen durfte, sich zur Wehr zu setzen. Die Regierung hatte kein Kopferbrechen darüber, wie sie sich den Beschwerden der Beamten gegenüber verhalten solle, die Bevölkerung kam nicht aus ihrer Ruhe und die Beamten selbst lebten so stumpf und dumpf dahin, daß nur die Eingeweihten von ihrem Jammer erfuhrten.

Nach der Revolution aber wurde der Riese wach und es schien lange Zeit hindurch, als wollte er fürchterlich werden. Damals, als auch die Beamten es wagten, ihren Forderungen durch das Mittel des Streiks Nachdruck zu verleihen, da erinnerten sich zahlreiche Gedankenlose an die schöne alte Zeit und forderten mehr oder minder laut die Wiederherstellung der alten Rechtlosigkeit der Beamten, wie sie bis zur Beendigung des Krieges bestand. Wir forderten demgegenüber das freie Koalitionsrecht für alle Arbeitenden. Zu ihnen gehört auch der Beamte. Man sagt: Ein Streik beispielsweise der Eisenbahner, bringt das gesamte Wirtschaftsleben zum Stoden. Das ist wohl richtig, darf aber doch nicht den alleinigen Maßstab für eine Beurteilung des Streikrechts der Beamten bilden. Die Tatsache, daß der Streik einer Berufsgruppe der Gesamtheit weniger schadet als der Streik einer anderen, würde, wenn wir nach dem volkswirtschaftlichen Schaden das Streikrecht bestimmen wollten, dahin führen, daß je nebensächlicher für die gesamte Volkswirtschaft ein Beruf wäre, um so freier das Streikrecht gehandhabt werden könnte. Es würde also dem Streik derjenigen Berufsgruppen am wenigsten entgegengehalten sein, deren Arbeit die Gesamtheit am leichtesten entbehren könnte. Das heißt, wer auf Würdigung arbeitet, wer bei der Herstellung wertlosen Müllers beschäftigt ist, dem gewähren

wir das freieste Streikrecht, wer aber hochwertige, für die Gesamtheit unentbehrliche Arbeit vollbringt, dem müssen wir in wirtschaftliche Fesseln schlagen.

Aber wir wagen auch da nicht konsequent zu sein. Als vor vielen Monaten in verschiedenen deutschen Städten die Ärzte den Krankentafeln den Dienst unter Vertragbruch aufsaßen, da war keineswegs eine so allgemeine Entrüstung zu spüren. Ein Humorist könnte ja meinen, es sei eine Wohltat, wenn die armen Kranken eine Zeilang von ihren Beinergern erlöst würden. Im Ernst aber darf man wohl sagen, daß es keinen lebenswichtigeren Beruf gibt als den der Ärzte. Und doch durften sie streiken, ohne daß ein Schrei der Entrüstung die gute Gesellschaft durchhallte, durften sie unglückliche Kranke in die Gefahr bringen. Oder hätte der fehlende Protest unseres Magertums nur darin seine Ursache, daß die Ärzte ihren Dienst nur den Krankentafeln aufsaßen, d. h. daß sie nur den Verdiensten ihre Hilfe entzogen, die erst durch die Krankenversicherung in die Lage versetzt wurden, sich überhaupt ärztlich behandeln zu lassen, nachdem sie nach wie vor bereit waren, den auf Kosten ihrer Hilfe angebeißten zu lassen? Nichtet sich unser soziales Gerechtigkeitsempfinden nur nach dem Wohlergehen der Vermögenden? Daß die öffentliche Meinung zu einem guten Teil von der weiterverbreiteten bürgerlichen Presse in diesem Sinne gemacht und leider von Millionen arbeitenden Lesern gedankenlos nachempfunden wird, ist unläugbar.

Warum stellen wir das Verlangen, S o n d e r u n g s d e m Allgemeinwohl unterzuordnen, nicht an alle Menschen gleichmäßig?

Solange der Fabrikant aus der Fabrikation wichtiger medizinischer Artikel ohne Rücksicht auf die Kollage der lebenden Menschheit seine nur zu häufig gemachten Profite erzielen darf, wie es in der chemischen Industrie der Fall ist, solange unsere Produktion hochwertiger Nahrungsmittel für Säuglinge, Schwache und Kranke nur durch die Aussicht auf Gewinn betrieben wird, solange bleibt der Anreiz an das Gemeinwohl Mangel.

Es liegt im Wesen unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung, daß die Herstellung lebenswichtiger Bedarfsartikel wie aller Nahrungsmittel nicht nach dem tatsächlichen Wohl der Mitmenschen, sondern nach dem zu erwartenden Profit sich richtet.

Kapitalistenwohl geht über Volkswohl!

Wenn der Landwirt, um die Höchstpreise zu umgehen, uns in den furchtbaren Kriegsjahren den Markt mit Kohlrüben überschwemmt, wenn er die Milch verbuttert, oder auch zu Käse verarbeitet und im Exporthandel absetzt und lieber die Säuglinge des eigenen Vaterlandes zugrunde gehen läßt, als daß er auf seinen Gewinn verzichtet, ist das nicht das schlimmste Verbrechen gegen das Allgemeinwohl?

Wenn Kapitalisten oder landwirtschaftliche Großgrundbesitzer bei ihrem Streben nach Vermehrung ihres Anlagekapitals jede Rücksicht auf das Wohlergehen, Leben und die Gesundheit der Volksgenossen vernachlässigen, dann heißt man diese wohl gar noch geschäftstüchtig. Wenn aber der Beamte sich weigert, seine Arbeitskraft in ihrem Lohnwert herunterdrücken zu lassen, dann erinnern die Kriegsgewinner und Buchhalter heuchlerisch an das Gemeinwohl, das höher stehe als das Wohl der Beamten.

Auch die arbeitende Bevölkerung, zu der die Beamten gehören, könnte auf das Streikrecht verzichten, wenn aus unserer Wirtschaft jede Art von Eigennutz verschwunden wäre, wenn jede Art der Warenherstellung nur zur Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen betrieben würde. Davon sind wir aber himmelweit entfernt. Dann bestände aber auch kein Grund, den Beamten eine geregelte Entlohnung und Behandlung vorzuenthalten. Ohne Anwendung des letzten und schärfsten Mittels, des Streiks, käme der Beamte zu seinem Recht.

Der Streit soll das letzte Mittel sein. Erst wenn jeder Versuch einer friedlichen Durchsetzung seiner berechtigten Wünsche gescheitert ist, wird der gewerkschaftlich geschulte Beamte an Streik denken. Niemals aber darf er sich wieder dazu mißbrauchen lassen, mit der Phrase vom Gemeinwohl auf die Anstrengung menschwürdiger Lebensbedingungen zu verzichten, niemals darf er sich aus falsch verstandenem Pflichtgefühl gegenüber der Gesamtheit in die alte sklavische Abhängigkeit begeben.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 29. August.
Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

	29. August.	27. August.
Holland	100 fl. 2782.50	2747.50
Kopenhagen	100 Kr. 1497.50	1507.50
Stockholm	100 Kr. 1895.—	1897.50
Kristiania	100 Kr. 1192.50	1187.50
Helsingfors	100 finn. Mk. 127.50	128.50
Schweiz	100 Frs. 1487.50	1482.50
Wien (all)	100 K. —	—
do. (neu)	100 K. 11.25	10.50
Budapest	100 K. 23.—	22.37
Prag	100 K. 163.05	163.25
Spanien	100 Pesetas 1142.50	1132.50
London	1 £ 229.75	324.75
Paris	100 Frs. 679.—	685.—
Belgien	100 Frs. 635.—	665.—
Italien	100 Lire 37.—	37.50
N. York telegr. Ausz.	1 Doll. 87.75	83.25
do. briell. Ausz. od. Scheck	87.82	87.62
Bukarest	100 Lei 116.—	102.—

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 29. August 1921.

Dampfer	Segler	Schiffname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrzeit Tage Sch.
D.		Emanuel	Garsson	Rodding	2
D.		Bertha	Schömer	Neubredt	1
D.	S.	Taim	Gastka	Merzica	2
Angelommen am 30. August 1921.					
D.	S.	Dadinn	Ohlson	Göteborg	4
D.		Wido-g	Wiron	Bilfing	4
D.		Wolteron	Lundroos	Helsingfors	3
D.		Zohjanität	Kala	Wegle	3
D.		Radtine	Wieser	Fredrikshaven	2
D.		Reimbahl	Arwadon	Affen	1

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Lober; für Freiheit Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Internationale Helmut Steinberg; Verleger: Hermann Steinberg; Druck von Friedrich Meyer & Co. sämtlich in Lübeck.

An die republikanische Bevölkerung! Massen heraus! Auf zur Demonstration!

Unsere Geduld ist zu Ende! Wir können und wollen nicht mehr ruhig zusehen, wie die Gegner der Republik unsere heiligsten Gefühle verletzen. Wie feige Mörder, Handlanger der Reaktion, Freunde der Republik töten! Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte, Beamte und alle diejenigen, die treu zur Republik halten: Auf, am

Mittwoch nachm. 5 Uhr am Alten Bahndamm!

Dasselbst Ansprache, hierauf Aufstellung des Zuges und Abmarsch über Untertrave, Beckergrube, Geibelplatz nach dem Burgfeld. Nach erneuter Ansprache Auflösung des Zuges.

(5828)

Hoch die Republik! Gegen politischen Mord u. Reaktion!

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins.

Der Ortsausschuß des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa).

Deutscher Eisenbahner-Verb.
Ortsgruppe Lübeck.

Wir fordern sämtliche Mitglieder auf, soweit dies frei, an der am 31. August stattfindenden Demonstration teilzunehmen. (5837)
Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler.

Extra-Versammlung

am Mittwoch, dem 31. August
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
1. Das Ergebnis unserer Schnverhandlungen.
2. Beschlüsse.

Es ist die Pflicht aller Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.
(5827) Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Am Donnerstag, dem 1. Septbr.
abends 7 1/2 Uhr

Versammlung

der Schlichter

aller Branchen

im Gewerkschaftshaus.

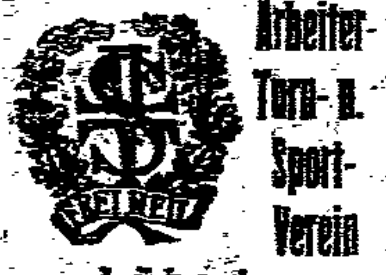
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokrat. Verein
Schwartau-Rensfeld.

Beamte und Arbeiter!

Beteiligt Euch geschlossen an der Demonstration am Mittwoch am alten Bahndamm. Treffpunkt vor dem Bahndamm um 5 Uhr. Nach der Demonstration Rückmarsch im geschlossenen Zuge nach Schwartau.

NB. Sitzung der Bezirksführer sowie der beiden Fraktionen der Gemeindevertretungen am Dienstag, dem 30., abends um 7 1/2 Uhr im „Tranksaal“. Erscheinen ist unbedingt erforderlich.
(5832) Der Vorstand.



Abmarsch zum Demonstrationszug am 31. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Sporthaus, Gudenstr. 41.
Trommler- u. Pfeifer-Korps.
(5848) Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Frauen.

Donnerstag, dem 1. September
abends 7 1/2 Uhr

Versammlung

im Gewerkschaftshaus.

(Zimmer 3)

Nach derselben:

Gewöhnlicher Abend.

Genossin Schlämer wird als Gast dieser Versammlung bewillkommen.
Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
(5849) Der Vorstand.

J. H. Pein Lübeck

Gegr. 1861.

Markt 10. 11. 12. Breite Straße 64. 66. 68.

Am Donnerstag den 1. September eröffne ich meine bedeutend vergrößerten Geschäftsräume. Meinem alten Prinzip:

Vom Guten nur das Beste

zu liefern, werde ich von nun ab in noch erhöhtem Maße nachzukommen mich bemühen. Für das mir bisher in so reichem Maße entgegengebrachte Vertrauen bestens dankend, bitte ich meine verehrte Kundschaft, mir dasselbe auch in meinen neuen Räumen bewahren zu wollen. Für die Tage vom 1. bis 10. September biete ich enorme Vorteile durch billigen Verkauf besonders günstig erworbener Waren, welche ich untenstehend anführe:

Damen-Schürzen	Wiener Form, aus besten Stoffen	19.50
Damen-Schürzen	Wiener Form, beste Waare	23.75
Damen-Schürzen	Wiener Form, R. Satin	32.75
Damen-Taghemden	aus guten Hemdentuchen	21.75
Herren-Taghemden	gute Stoffe, gute Verarbeitung	33.00
Damen-Beinkleider	offen und geschlossen	27.50
Damen-Strümpfe	gute Qualit. in Flor- u. Baumwolle	6.75
Hemdentuche	in besonders gut bewährten Qualitäten	9.80
Boiles	115 cm br., in marine u. schwarz	18.00
90 cm reinwollene Cheviots	schwere Ware	34.50
Keste und Schnitt-Coupons	enorm billig	
80 Stck. Herren-Anzüge	festig aus guten Stoffen, mit gutem Serge gefärbt	187.00

(5830)

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Lübeck.

Achtung!
Zu der morgen stattfindenden

Demonstration haben alle zu erscheinen. Keiner darf fehlen!

Donnerstag, den 1. September
abends 7 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshaus.

(Großer Saal).
Tagesordnung:
1. Bericht von der Lohnbewegung.
2. Die Bürgerschaftswahl.
3. Bericht vom Ortsausschuß.
4. Verschiedenes.
(5831) Die Ortsverwaltung.

Achtung!
Deutscher Bauarbeiter-Verb.

Ortsgruppe Lübeck.
Am Mittwoch, dem 31. August
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus

findet der

5. Vortragsabend

des Kollegen

Scheibel-Hamburg

statt.
1. Thema: **Geld und Konjunktur im Wirtschaftsleben.**
Das Erscheinen sämtlicher Baudelegierten und Mitglieder ist dringend erforderlich.
(5826) Der Vorstand.

Chorverein
Lübeck.

Abmarsch zum Demonstrationszug am Mittwoch, dem 31. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Gewerkschaftshaus.
(5846) Der Vorstand.

Hansa-Theater

8 Uhr. 8 Uhr.
Heute Dienstag:
Vorträge Vorstellung
des erstklassigen
Variete-Spielplans.
Morgen Mittwoch:
Abchieds-Vorstellung
sämtlicher engagierten
Spezialitäten.

2 Gezeiten
in ihrer neuen Nummer als akrobatische Stepp tänzer.

Außerdem:
Nur einmaliges Gastspiel
der sich auf der Durchreise ins Ausland befindenden berühmten

Gärtner-Truppe.
Handvollgeute ohne Konkurrenz.

Donnerstag, 1. Septbr.:
Ganz neues Programm.
U. a.: (5847)

Fregolia.
Verwandl.-Schauspielerei.

Stadtheater Lübeck.
Nordische Woche.

Donnerstag, 1. Sept. 7 Uhr.
Fregolia. (5810)

Freitag, 2. Septbr., 7.30 Uhr.
Iphigenie.

Sonnabend, 3. Sept., 7.30 Uhr.
Die Fledermaus.

Kammerspiele des Stadttheaters.
Fünfsaalen 17/19.

Donnerstag, 1. Sept., 7.30 Uhr.
Die Heirat.

Freitag, 2. Septbr., 7.30 Uhr.
Die Heirat.

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 30. August.

Sozialdemokratischer Bezirksverband für Mecklenburg und Lübeck.

Bezugnehmend auf den Aufruf des Parteivorstandes in der gestrigen Nummer des „Lübecker Volksboten“ fordern wir unsere Genossen auf, allerorts für eine machtvolle Demonstration zu sorgen.

Der Bezirksvorstand
J. A.: W. H. Kröger.

Aus der Bürgerschaft.

Gewitterchwüle. — Die Folgen der Teuerung. — Der Segen des Lebens. — Vergessene Not.

Die Schwüle des Abends machte sich am Montag auch im Bürgerchaftssaal bemerkbar. Bei einem Teile der Tribünenbesucher wird sie aber trotzdem einen frischen Atemzug durchgelassen haben, als der Senatskommissar bekannt gab, daß die drückende Lage der Beamten und Angestellten durch ein doppeltes Monatsgehalt am 1. September etwas gemildert werden sollte. Auch ein Gewitter war im Anzug. Es ist zwar vorläufig verheißt, aber nicht endgültig gebannt worden. Die freit- und herrschlustige Deutsche Volkspartei, die vorerst nur vertretungsweise Anwälte in der Bürgerschaft sitzen hat, wünscht durchaus eine Aussprache über die Frage. Sie soll sie haben. In der nächsten Bürgerschaftsversammlung wird man mit diesen Streitfragen einmal ein Fingerhaken unternehmen. Vielleicht kommt ihnen dann der Dämmer auf, daß wir in einer Republik leben, die sich eine Flagge geschaffen hat, die wehen muß und wehen wird, so lange das Volk noch Kraft genug besitzt, um die paar tausend Streifenmänner und ihre Handlanger in den Winkel zu drücken. Es ist doch eigentlich sonderbar, diese Abneigung gegen das Gold, ihren einzigen Gott, und es wird schon so sein: sie schämen sich im Grunde ihres Herzens, ein ideales Symbol anzuerkennen, weil ihr ganzes Trachten nur egoistischem Triebe entspringt. So ist es, und deshalb werden die wahren Republikaner die schwarz-rot-goldene Fahne um so zäher verteidigen, je toller die Meute klafft.

Um die Sache kurz zu machen, wurde auf Antrag des Demokraten Neufeld ein halbes Duzend Anträge dem Hauswirtschaftsausschuß überwiesen, der die bedeutenden Nachforderungen prüfen soll. Da das Geld ausgegeben ist, wird hier allerdings das Ergebnis nicht anders ausfallen. Schuld an diesem Zustand erhöhter Ausgaben sind natürlich jene dunklen Kräfte, die aus Eigennutz die Lebenshaltung und Bedarfswirtschaft verteuern und durch politische Fingerringelungen unser Geld entwertet. Daher die ständige Erhöhung der Gehälter und Löhne, die zu allem Überdritt immer noch weit hinter dem Kunstflecken der Preise einherzogen. Man vergleiche nur die Reichsteuernzahl des Statistischen Amtes, die wir an anderer Stelle wiedergeben. Die Rechte laßt und stöhnt: woher nehmen?, ohne zu der Einsicht der Kirchengelehrten zu kommen, die den Schäfflein rechtzeitig das große Einblauen: meine Schuld, meine eigene Schuld! Notwendige Bedingung eines Staatswesens ist, Mehrausgaben wieder durch Mehreinnahmen halbwegs wegzumachen, und so werden wir neben der sofortigen Erhöhung der Straßenbahnpreise bald auch wieder die Schraube für Gas- und Elektrizität angezogen sehen.

Es gibt aber auch gute Menschen. Der Verein der Landbewohner stellt für eine Anzahl Minderbemittelter verbilligte Kartoffeln in Aussicht — vielleicht auch ganz umsonst — und nebenbei soll Getreide geliefert werden. Eine sehr anerkennenswerte Absicht, von der wir nicht nur hoffen, daß sie recht fruchtig verwirklicht wird, sondern auch, daß die Auswahl der Bedürftigen — Kleinrentner sollen vorzüglich in Frage kommen — nicht wie im Vorjahre nach den Tagebuchaufzeichnungen eines deutschnationalen Pflanzers erfolgt. Es gibt außer uns noch mehr Leute, die sonst die Befreunde am andern Ende aufgreifen. Herr Dr. Wittern, der freie Mann mit dem Allerpfeilspartikeln, war ob der Ankündigung seines ehemaligen Fraktionsbruders Henck so begeistert, daß er sofort geknickt wurde, sich in die Verteidigerrolle warf und um Gnade für einige Duzend agrarische Gesetzesverächter plädierte. Es ist immer die gleiche Saß: einstens turtelten fromme Mönche die Sünden mit gut

bezahlten Abfahzetteln, heute will man, „nach dem Stande der Wissenschaft“, die Bergehen wider das Volk mit Revision der Zustellungen zu quittieren versuchen und die schlechte Absicht durch Fütterung Hungeriger ausgleichen. Gnade vor Recht! Der Herr Doktor der Rechte war gestern überhaupt eigenartig gelaunt. Er, der vor gar nicht langer Zeit die heutige Gesetzesmacherei in Grund und Boden donnerte, war sogar geneigt, im Interesse der Notare der Bürgerschaft eine sofortige Gesetzesänderung zu suggerieren, ohne daß die Volksvertretung die Paragraphen vor sich liegen sah. Aber Herr Dr. Wittern ist gar nicht so bössartig wie er sich gibt. Er kann auch warten. Und das ist gut so. Uebrigens traten auch unsere Genossen Ad. Löwigt, Haut, Dreger, und von den Demokraten Klein für die Altpensionäre sowie lebhaft für die Unfall- und Invalidrentner ein.

Einen längeren Disput gab es auch bei dem Kapitel: Anschaffung von Tornmaschinen. Herrn August Pape wollten die sachverständigen Ausführungen des Senators Henze durchaus nicht einleuchten. Er hätte die damalige und erschwerten unheilvolle Brennstoffnot mit dem kleinsten Tornmaschinchen beseitigt, vielleicht auch viel billiger eingekauft. Und da geht der Staat her und erhebt für über eine Million Mark Maschinen. So etwas ist früher niemals vorgekommen. Hauptächlich nicht, als die Herren Militärs nach Laune bestellten und einkauften. Wollten wir allen Blödsinn, den jene Herren mit unumschränktem Wissen und Zahlungsollmacht in dieser Beziehung vollbrachten, aufzählen, oder besser aufrechnen, die Schuldenlast des Reiches wäre um die Hälfte geringer. Hier handelte es sich um wirkliche Abwehr einer Not, dort, Herr Pape, saßen auch Fachmänner freisinniger Couleur und — spannen Seile!

Nur einzelne Vorlagen lösten längere Debatten aus, die meistens ohne Dauerreden beendet, so daß um 9 Uhr der Wortführer den Schluß ankündigen konnte.



Jeder ehrliche Republikaner

demonstriert am Mittwoch nachmittags 5 Uhr für die vom Volke geschaffene Reichsverfassung.

gegen den politischen Meuchelmord, gegen neue Volksunterdrückungsversuche der Gewaltmenschen.

Heraus mit der ehrlichen Ueberzeugung für die Republik!



Protest gegen eine weitere Mieterhöhung.

Der Mieterschutzverein hatte am Montagabend eine öffentliche Versammlung in den „Zentralhallen“ einberufen, um Protest einzulegen gegen die vom Neuen Grund- und Hausbesitzerverein geplante 50 prozentige Mieterhöhung. Die Versammlung war stark besucht. Zunächst schilderte der Vorsitzende des Mieterschutzvereins, Gogowski, das auf Erreichung höherer Mieten gerichtete Bestreben der hiesigen Hausbesitzer. Lübeck hätte aber die höchste Miete in ganz Deutschland; eine weitere Erhöhung könne daher nicht platzgreifen. Um so weniger, da die Hausbesitzer mit der 75 prozentigen Erhöhung, dazu noch die Umlagen der erhöhten Abgaben, ihr gutes Auskommen hätten. Das Referat hatte Herr Maurer annehmen lassen. Er wandte sich hauptsächlich gegen den spekulativen Grundbesitz und das Vorgehen des Neuen Grund- und Grundbesitzervereins, der vornehmlich die treibende Kraft für die Er-

höhung der Mieten sei. Anscheinend gehe das Bestreben dahin, noch vor Inkrafttreten des Reichsmietengesetzes eine recht hohe Miete herauszuschlagen, die später dann nicht mehr gekürzt werden könne. Da schon am Dienstag in einer Vollziehung des Mieteneinigungsamtes über einen Antrag auf Erhöhung der Mieten verhandelt werden sollte, so gelte es, ganz entschieden gegen eine weitere Erhöhung Protest einzulegen. Die Ausführungen des Redners gipfelten in folgender einstimmig angenommenen Entschließung:

Die in der „Zentralhalle“ versammelte Mieterschaft Lübecks legt feierlichst Verwahrung ein gegen die Bestrebungen derjenigen Kreise, die aus reinem Eigennutz die Mieten in Lübeck immer weiter in die Höhe treiben wollen. Die Mieterschaft ist der Ansicht, daß der sollte Hausbesitz sehr wohl bei 75% und Zahlung der erhöhten Abgaben bestehen kann und kein Grund vorliegt, dem spekulativen Hausbesitz auf Kosten des Arbeitseinkommens der schwererinnenden Hand- und Kopfarbeiter neuen Spekulationsgewinn zuzuführen. Sie richtet daher an die maßgebenden Stellen, vor allem an die Mieterbeisitzer, sodann aber auch an die Vertreter des neutralen Einigungsamtes das dringende Ersuchen, jede Mieterhöhung, besonders jetzt vor der bevorstehenden einheitlichen Regelung des Mietpreises durch ein Reichsmietengesetz abzulehnen.

Vor der Annahme dieser Resolution fand eine lebhafte Aussprache statt. Alle Redner waren entschlossene Gegner einer weiteren Erhöhung. Einige Redner sprachen sich für die Forderung des Wohnungsbaues aus, um aus dem Wohnungselend herauszukommen. Lebhaftige Klagen wurden auch über die Vergebung der Wohnungen durch das Wohnungsamt geführt. Der Referent verlangte daher in seinem Schlußwort, daß die Vergebung der Wohnungen künftig durch eine Kommission erfolgen soll. Der Vorstand erhielt den Auftrag, für die Verwirklichung dieser Anregung zu sorgen. Der Kassierer des Vereins, Genosse Trosgel, schlug zur Stärkung des Kampffondes eine Zellerksammlung vor. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden. Es ging ein größerer Betrag ein.

Wehrt ab! Die deutschnationalen Radauftritte beiderlei Geschlechts wissen ihre Freude über den Mord von Grabberper kaum zu verbergen. Während sie sich früher nur im geheimen ihre Abneigung gegen die Republik und die Sozialdemokraten zuwagten, kehren sie sich heute nicht mehr an die Umgebungen und schimpfen und frohlocken offen. So unterhielten sich am Sonntag zwei „Damen“ auf der Elektrizität über den feigen Mord. Ihrer guten Erziehung und schätzbaren Gesinnung gaben sie unverhohlenen Ausdruck. Getreu den Anweisungen des Miesbacher Angelegers und Gefinnungsverwandten beschimpften sie den Ermordeten noch als Schuft und Vaterlandsfeind. Und in Schwarian glaubte der Brunnenbauer Hillerworth eine Heldentat zu verrichten, indem er einem Jugendlichen das schwarz-rot-goldene Band herunterzureißen versuchte. Es gab einen erregten Auftritt, bei dem sich der junge Mann geschickt verteidigte. Wir lieben es nicht, jeden dummen Laufen in seiner Ueberranntheit und Ueberpanntheit zwischen die Beine zu fahren. Es bleibt bei diesem schamlosen Treiben der guten Gesellschaft aber nichts anderes übrig, als bei betriebligen Auftritten und Aeußerungen die Leute nach Gebühr nach Hause zu schicken. Denn frech sind sie nur einmal, und Majestätlichkeit muß daran erinnert werden, daß auf Provokationen eine saftige Antwort gehört.

Die Mitarbeit der Frau zur Ueberwindung der Weltkrise. Ueber dieses Thema werden im Rahmen der Nordischen Woche am Freitag, dem 3. September, vormittags 11 Uhr, zwei Rednerinnen sprechen. Frau Professor Palmgren Munch-Petersen aus Kopenhagen hat das Hauptreferat und Frau Ministerialrat Dr. Gertrud Hämer-Berlin die Mitberichterstattung übernommen. Der Vortrag wird den Interessen und Gegenwartsaufgaben der Frauenwelt dienen; daher darf bei den Frauen besonderes Interesse für diese Veranstaltung vorausgesetzt werden. Nach den Vorträgen ist eine Aussprache vorgesehen.

Musterschau von Lübecks Industrie und Handwerk in der Nordischen Woche. Hunderte eifriger Hände regen sich, um die letzten Arbeiten an der Musterschau zu vollenden. Wagen auf Wagen mit Ausstellungsgegenständen rollt in die Hallen. Hier werden die schweren Teile eines Wagens zusammengefügt, dort schwere Maschinen aufgestellt, an anderen Stellen wieder große Schaukstände aufgebaut. Raftlos sind Ausstellungsleitung und Aussteller tätig. Ein Rundgang zur Besichtigung der Schau durch die 7 Hallen nimmt längere Zeit in Anspruch, deshalb mußte die Zeitung bedacht sein, den Besuchern Gelegenheit zu geben, sich erkundigen zu können. Ein Restaurant, in dem die Biere der hiesigen Brauereien zum Ausschank kommen, wird nebst dem auf

Kleider machen Leute.

Erzählung von Gottfried Keller.
Schluß.

Es dauerte jedoch eine kleine Weile, bis Nettchen den Vater bitten ließ, sie auf ihrem Zimmer zu besuchen und dort allein mit ihr zu sprechen. Auch jagte man, sie habe bereits den besten Rechtsanwalt der Stadt rufen lassen, welcher im Laufe des Vormittags erscheinen werde. Der Amtsrat ging etwas schweren Herzens zu seiner Tochter hinauf, überlegend, auf welche Weise er das desperate Kind am besten aus der Verwirrung zurückführe, und war auf ein verzweifeltes Gebahren gefaßt.

Mein mit Ruhe und sanfter Festigkeit trat ihm Nettchen entgegen. Sie dankte ihrem Vater mit Rührung für alle ihr bewiesene Liebe und Güte und erklärte sodann in bestimmtem Sätzen: erstens sie wolle nach dem Vorgefallenen nicht mehr in Goldbach leben, zweitens nicht die nächsten Jahre; zweitens wüßte sie ihr bedeutendes mütterliches Erbe an sich zu nehmen, welches der Vater ja schon lange für den Fall ihrer Verheiratung bereitgehalten; drittens wolle sie den Wenzel Strapinski heiraten, wozu vor allem nichts zu ändern sei; viertens wolle sie mit ihm in Sedwyla wohnen und ihm da ein tüchtiges Geschäft gründen helfen, und fünftens und sechstens werde alles gut werden; denn sie habe sich überzeugt, daß er ein guter Mensch sei und sie glücklich machen werde.

Der Amtsrat begann seine Arbeit mit der Erinnerung, daß Nettchen ja wisse, wie sehr er schon gewünscht habe, ihr Vermögen zur Beirundung ihres wahren Glückes je eher je lieber in ihre Hände legen zu können. Dann aber schiederte er mit aller Bestimmtheit, die ihn seit der ersten Kunde von der schrecklichen Katastrophe erfüllte, das Unmögliche des Verhältnisses, das sie festhalten wolle, und schließlich zeigte er das große Mittel, durch welches sich der schwere Konflikt allein würde lösen lassen. Herr Melchior Böhm sei es, der bereit sei, durch augenblickliches Einsteigen mit seiner Person den ganzen Handel niederzuschlagen und mit seinem unantastbaren Namen ihre Ehre vor der Welt zu schützen und aufrecht zu halten.

Über das Wort Ehre hatten nun doch die Tochter in größerer Aufregung. Sie rief, gerade die Ehre sei es, welche ihr gebiete, den Herrn Böhm nicht zu heiraten, weil sie ihn nicht leiden könne, dagegen dem armen Fremden getreu zu bleiben, welchem sie ihr Wort gegeben habe, und den sie auch leiden könne! Es gab nun ein fruchtloses Hin- und Widerreden, welches die handhafte Schöne endlich doch zum Tränenvergießen brachte.

Fast gleichzeitig drangen Wenzel und Böhm herein, welche auf der Treppe zusammengetroffen, und es drohte eine große Verwirrung zu entstehen, als auch der Rechtsanwalt erschien, ein dem Amtsrat wohlbekannter Mann, und der vor der Hand zur friedlichen Besonnenheit mahnte. Als er in wenigen vorläufigen Worten vernahm, daß vor allem Wenzel sich in den Wilden Mann zurückziehe und sich dort still halte, daß auch Herr Böhm sich nicht einmische und fortgehe, daß Nettchen ihrerseits alle Formen des bürgerlichen guten Tones wahre bis zum Austrag der Sache und der Vater auf jede Ausübung von Zwang verzichte, da die Freiheit der Tochter gesetzlich unbezweifel sei.

So gab es denn einen Waffenstillstand und eine allgemeine Trennung für einige Stunden. In der Stadt, wo der Anwalt ein paar Worte verlauten ließ von einem großen Vermögen, welches vielleicht nach Sedwyla käme durch diese Geschichte, entstand nun ein großer Lärm. Die Stimmung der Sedwylener schlug plötzlich um zugunsten des Schneiders und seiner Verlobten, und sie beschloßen, die Liebenden zu schützen mit Gut und Blut und in ihrer Stadt Recht und Freiheit der Person zu wahren. Als daher das Gerücht ging, die Schöne von Goldbach sollte mit Gewalt zurückgeführt werden, rotteten sie sich zusammen, stellten bewaffnete Schutz- und Ehrenwachen vor den Regenbögen und vor den Wilden Mann und begangen überhaupt mit gewaltiger Lustbarkeit eines ihrer großen Abenteuer, als merkwürdige Fortsetzung des gestrigen.

Der erschrockene und gereizte Amtsrat schickte seinen Böhm nach Goldbach um Hilfe. Der fuhr im Galopp hin, und am nächsten Tage fuhren eine Anzahl Männer mit einer ansehnlichen Polizeimacht von dort herüber, um dem Amtsrat beizustehen, und es gewann den Anschein, als ob Sedwyla ein neues Troja werden sollte. Die Parteien standen sich drohend gegenüber; der Stadthauptmann drehte bereits an seiner Spanschraube und tat einzelne Schläge mit dem rechten Schlägel. Da kamen höhere Amtspersonen, geistliche und weltliche Herren auf den Platz, und die Unterhandlungen, welche allseitig gepflogen wurden, ergaben endlich, da Nettchen festblieb und Wenzel sich nicht einschüchtern ließ, aufgemuntert durch die Sedwylener, daß das Angebot ihrer Ehe nach Sammlung aller nötigen Schriften förmlich stattfinden und daß gewärtigt werden sollte, ob und welche gesetzliche Einreden während dieses Verfahrens dagegen erhoben würden und mit welchem Erfolg.

Solche Einreden konnten bei der Volljährigkeit Nettchens einzig noch erhoben werden wegen der zweifelhaften Person des falschen Grafen Wenzel Strapinski. Allein der Rechtsanwalt, der seine und Nettchens Sache nun führte, ermittelte, daß den fremden jungen Mann weder in seiner

Heimat noch auf seinen bisherigen Fahrten auch nur der Schatten eines bösen Leumunds getroffen habe und von überall her nur gute und wohlwollende Zeugnisse für ihn einliefen.

Was die Ereignisse in Goldbach betraf, so wies der Advokat nach, daß Wenzel sich eigentlich gar nie selbst für einen Grafen ausgegeben, sondern daß ihm dieser Rang von andern gewaltsam verliehen worden; daß er schriftlich auf allen vorhandenen Belegstücken mit seinem wirklichen Namen Wenzel Strapinski ohne jede Zutat sich unterzeichnete und somit kein anderes Vergehen vorlag, als daß er eine törichte Galkfreundschaft geschlossen hatte, die ihm nicht gewährt worden wäre, wenn er nicht in jenem Wagen angekommen wäre und jener Kutscher nicht jenen schlechten Spaß gemacht hätte.

So endigte denn der Krieg mit einer Hochzeit, an welcher die Sedwylener mit ihren sogenannten Rahtenköpfen gewaltig schossen zum Verdruß der Goldbacher, welche den Geschühdonner ganz gut hören konnten, da der Westwind wehte. Der Amtsrat gab Nettchen ihr ganzes Gut heraus und sie sagte, Wenzel müsse nun ein großer Marchand-Tailleur und Tuchherr werden in Sedwyla; denn da hieß der Tuchhändler nach Tuchherr, der Eisenhändler Eisenherr und so weiter.

Das geschah denn auch, aber in ganz anderer Weise, als die Sedwylener geträumt hatten. Er war bescheiden, sparjam und fleißig in seinem Geschäft, welchem er einen großen Umfang zu geben verstand. Er machte ihnen ihre weichenfarbigen oder weiß und blau gewirkelten Sammetweifen, ihre Balltrüde mit goldenen Knöpfen, ihre rot ausgeschlagenen Mäntel, und alles waren sie ihm schuldig, aber nie zu lange Zeit. Denn um neue, noch schönere Sachen zu erhalten, welche er kommen oder anfertigen ließ, mußten sie ihm das Frühere bezahlen, so daß sie untereinander klagten, er presse ihnen das Blut unter den Nägeln hervor.

Dabei wurde er rund und stattlich und sah beinahe gar nicht mehr träumerisch aus; er wurde von Jahr zu Jahr geschäftsfreudiger und gemandter und mußte in Verbindung mit seinem halb verhöhlten Schwiegervater, dem Amtsrat, so gute Spekulationen zu machen, daß sich sein Vermögen verdoppelte und er nach zehn Jahren mit ebenso vielen Kindern, die inzwischen Nettchen, die Strapinska, geboren hatte, und mit letzterer nach Goldbach überfiedelte und schließlich ein angelegener Mann ward.

Aber in Sedwyla ließ er nicht einen Stüber zurück, sei es aus Unabart oder aus Rache.

der Terrasse des alten Bahnhofes geschmackvoll angelegten Café dem Rechnung tragen. Die Eintrittspreise sind: Dauerkarten 6 Mk., Einzelkarten 2 Mk., Kinderkarten 1 Mk. Für Vereine und Schulen sind bedeutende Preisermäßigungen vorgesehen. Die Ausstellungsleitung betrachtet das Unternehmen als ein unbedingt gemeinnütziges und ist nicht darauf bedacht gewesen, Gewinn zu erzielen, sondern will das Interesse an guten Erzeugnissen von Lübeck's Industrie und Handwerk in weiteste Kreise weiten und heben und auf diese Weise den guten Ruf, den die deutschen Erzeugnisse von jeher für sich in Anspruch nehmen konnten, den Besuchern aus den nordischen Ländern erneut eindringlich vor Augen führen.

Die Festschrift zur Nordischen Woche ist soeben in einem stattlichen Bande erschienen. Das Titelblatt ist nach dem bekannten Plakat der Nordischen Woche auf blauem Umschlag in Schwarz-Gold ausgeführt und zeichnet sich als vorzügliche Druckarbeit aus. Als Herausgeber dieser Festschrift zeichnet das Präsidium der Nordischen Woche unter Leitung des Prof. Dipl.-Ing. W. A. H. n. Dem 152 Seiten starken Bande sind 280 Seiten Inserate der hiesigen Geschäftswelt und von den Industriestimmen beigegeben. Beiträge zu der Festschrift haben u. a. geliefert: Prof. Walter Vogel; Lübeck und die Dtsche im Mittelalter, Adolf Goldschmidt; Die Kunst Lübeck's im 15. Jahrhundert, Gustav Pauli; Die Marienstraße zu Lübeck, R. Schaefer; Das alte Lübeck als Mittelpunkt der Kunst in den Ostseeländern, Th. Kellen; Der Umgang Schwedens in alter und neuer Zeit, H. Mann; Freiheit und Vornehmheit, R. Euler; Die geistige Hauptaufgabe der Gegenwart, E. Lampen; Finnland, Gunnar K. Koska; Sankt Georg von Stockholm, O. Montelius; Altgermanischer Schiffbau, O. Haggmann; Finnlands Wägenhandel vor dem Kriege, K. Linnankoski; Die Forstwirtschaft, F. Schröder; Die dänische Volkshochschule, O. Kretschmar; Gustav Waga und Lübeck, Dr. K. E. Lübeck; Industrie, K. Stucken; Lübeck's Verkehrslande, C. G. Heise; Die Kunstausstellung der Nordischen Woche, F. W. Viertel; Lübeck's Wohnbau in alter und neuer Zeit, Dr. Ing. Walter; Lübeck's Wohn- und Siedlungsbauten, F. Franke; Zur Ausstellung künstlerischer Frauenarbeit im Museum, dem Werke sind eine Anzahl Bilder tafeln zu den Abhandlungen beigegeben.

Nordische Woche. Die Gäste des Stadttheaters für die Nordische Woche treffen bereits ein. Professor von Wymetal aus Wien hat mit den Bühnenproben begonnen. Leider ist es der Direktion nicht gelungen, Herrn Wolff als Dreff zu verpflichten, da der Künstler für den ganzen September nach Wien verpflichtet wurde. Herr Wolff bescheidete, daß er sehr gerne nach Lübeck gekommen wäre, trotz der lächerlichen Angriffe. Die Direktion steht aber mit dem Künstler in Unterhandlungen, ihn für ein späteres Gastspiel zu gewinnen. — Für die Vorstellungen „Fiedermaus“ und „Meisterlänger“ sind keine Karten mehr zu haben. Für die Vorstellungen: „Fidelio“, „Sphingenie“, „Jauberskate“ sind nur noch wenige Karten zu haben. Für das nordische Sinfonieorchester ist die Anfrage ebenfalls sehr reger, jedoch die ersten 5 Vorstellungen der Nordischen Woche volle Häuser bringen werden. Die Direktion hat sich entschlossen, für das Nordische Konzert eine öffentliche Generalprobe zu veranstalten. Es wird dies die einzige öffentliche Probe in der Nordischen Woche sein. Der Pianist Gieseking und auch der Bariton Lindberg haben ihre Mitwirkung zu dieser Probe zugesagt. Preise der Plätze: 10.— Mk., 8.— Mk., 6 Mk., 5.— Mk., 4.— Mk.

Die Reichsteuerzahlg für Lübeck im August 1921 beträgt nach den Berechnungen des Statistischen Amtes 1031 Mark gegen 974 Mark im Juli und 891 im Juni d. J. Sie ist also gegenüber dem Vormonat um 57 Mk. oder 5,9 % und seit Juni um 140 Mk. oder 15,7 % gestiegen. — Die Lebenshaltungskosten im Verhältnis zu Ende 1913 beträgt für August 1187, für Juli 1121 und für Juni 1025.

Vor dem Tode des Ertrinkens gerettet. Sonntag nachmittag fiel gegenüber Lübeck Brauerei ein kleiner Knabe, der mit seinem größeren Bruder am dort steilen Ufer spielte, in das tiefe Wasser des Kanals. Wie der Gen.-Ans. meldet, sprang der in der Nähe angelegte Klempnerlehrling Heinrich Heß dem vom Ufer abgetriebenen Kinde nach. Es gelang ihm, das Kind vor dem gänzlichen Versinken zu fassen und glücklich ans Ufer zu bringen.

Die Kabelle der Schutzmannschaft, welche schon oft ihr Können zu wohltätigen Zwecken zur Verfügung gestellt hat, veranstaltet, wie sie uns mitteilen tut, im Konzerthaus Lübeck am Mittwoch, dem 31. d. Mis., zum Besten der Unterstützungskasse des Vereins Lübecker Schutzmannschaft ein großes Konzert mit nachfolgendem Festball. Der Beginn des Konzertes ist besonderer Umstände halber statt auf 5 Uhr nachm. auf 6 Uhr festgesetzt.

Moislung. Großfeuer auf dem Moislinger Hof. Das kurze Gewitter, das am Montagabend über Stadt und Umgegend hinweg, hat leider in unserer Gemeinde großes Unheil angerichtet. Der Blitz schlug in eine Getreidegarne des dem Staate gehörenden Moislinger Hofes und setzte sie sofort in lichterloh flammen. Bald griff das Feuer weiter um sich und verzehrte weitere Gebäude, die mit Getreidevorräten gefüllt waren. Nur das Wohnhaus und ein danebenliegendes Gebäude konnten gerettet werden. Energisches Eingreifen der auf dem Hofe beschäftigten Leute rettete das Vieh vor dem Tode. Ein Jagdhund und sämtliche Federvieh fiel jedoch der Glut zum Opfer. Neben den Feuerwehren der Umgegend halfen viele Moislinger Einwohner bei Bekämpfung des Feuers mit. Die Lübecker Feuerwehr konnte nicht sofort benachrichtigt werden, da die Telefonverbindung des Gewitters wegen unterbrochen war. Sie rückte sofort mit Motor- und Dampfsprizen, sowie den nötigen Hilfsmitteln an. Das tatkräftige Eingreifen aller Wehren verhinderte auch die Ausbreitung des Feuers auf benachbarte Grundstücke. Der durch das Feuer angerichtete Schaden ist ungeheuer groß. 200 Huber Korn, 65 Huber Heu und Klee und viele Kleingewächse sind verbrannt. Der Pächter ist durch Versicherung gedeckt, doch ist eine Ladung Kunstdünger vernichtet worden, die nicht versichert war. Bei den Rettungsarbeiten kam ein junger Mann zu Schaden. Er stürzte vom Sattel und zog sich einen Beinbruch zu.

Angrenzende Gebiete.

Schwaben-Neufeld. Die Demonstration am Mittwoch muß eindrucksvoll gestaltet werden. Werbe jeder für sie. — Heute Dienstagabend findet eine Versammlung der Bezirksführer und der beiden Fraktionen der Gemeindevereinigungen statt. (E. Inf.)

Estin. Judenhege. In Estin soll die Kreisarztstelle neu besetzt werden. Die obdenburgische Regierung will die Stelle nun mit einem tüchtigen Arzt besetzen, der zufällig Jude ist. Darob haben die Deutschpolitischen ein großes Geschrei erhoben. Die Ortsgruppe Estin des Deutschpolitischen Schlags und Trübendes erhebt in einem Eingekandt im Aug. d. J. die Forderung, die Besetzung der Stelle mit dem in Aussicht genommenen Arzt. Nun hat auch die Deutsche Volkspartei an das Staatsministerium in Oldenburg nachdrücklich Schreiben gerichtet. Die Ortsgruppe Estin der Deutschen Volkspartei erwartet, daß das Staatsministerium bei der Besetzung der Kreisarztstelle gebührende Rücksicht auf die vor-

stische Eigenart des Landes nicht nimmt. — Die Antifeminerische und Dakenkreuzler brauchen sich ja nicht von einem jüdischen Arzt behandeln zu lassen. Wir halten es auch für richtiger, wenn sie zu einem Irrenarzt gehen würden.

Hamburg. Ein Arzt als Mörder. Vor einigen Tagen wurde am Elbstrand in Altona der Rumpf einer Frauensperson aufgefunden, an dem sich noch die Arme und Hände befanden. Kopf, Hals und Beine fehlen an der Leiche. Die fehlenden Teile sind von sachkundiger Hand mittels eines scharfen Instruments vom Körper getrennt. Die Leiche befand sich in einem Wäschebad aus braunem Segeltuch. Der Tod der Frau ist durch zwei Stiche ins Herz herbeigeführt. Die Getötete ist als die Ehefrau Alrat Krübit aus Hamburg erkannt. Als Täter ist der Praktische Arzt Dr. Karl Fint aus Hamburg, geboren am 15. Dezember 1889 in Nagold in Württemberg ermittelt, der mit der Getöteten in Verlobung gestanden hat und der seit dem Abend des 27. August mit seinem Motorrad verschwunden ist.

Riel. Das gesamte Transportgewerbe stillgelegt. Die Rielarbeiter haben bekanntlich die Forderungen der Arbeiter auf 1 Mk. Zulage pro Stunde rundweg abgelehnt, worauf es in einigen Gewerben zum Streik kam. Das persönliche Verhalten der Arbeitgeber bei den Verhandlungen wirkte besonders provozierend, weil die Verachtung einer Zulage zum Teil überhaupt abgelehnt wurde. Die Antwort war der Streik der folgenden Berufsgruppen: Transportgewerbe, Maschinisten und Heizer, Kesselreiniger, Hafenarbeiter, Wäschereiarbeiter, Lackierer, Schloffer, Klempner, Schmiede, Elektromonteur, Sattler, Tapezierer, Brauerei- und Desinfektionsarbeiter, Nagelmacherinnen, Friedhofsarbeiter, Hütten, Glaser Stellmacher, Gärtner. — Wie die Arbeitgeber die Verhandlungen führen, ergibt sich aus folgendem: Die Brauereivereinigung gab dem Bund der Arbeitgeber den Auftrag, die Forderung der Arbeitnehmer von 1 Mk. die Stunde anzuerkennen. Der Bund der Arbeitgeber machte aber nur ein Angebot von 75 Pf. Bei einer Zusammenkunft von Vertretern der Brauereien und Arbeitern kommt dies zur Sprache. Die Parteien einigen sich, auf dem schnellsten Wege eine Vereinbarung zu treffen, um den Kampf für dieses Gewerbe abbrechen. Einige Stunden nach dieser Unterredung teilt die Brauereivereinigung mit, daß sie ihr Angebot von 1 Mk. zurückziehe. Dadurch verschärfte sich die Situation. Als Gegenmaßnahme wurde das gesamte Transportgewerbe lahmgelegt. Ausgenommen sind die Geschäftskaffen, die Großbäckereien und sonstige lebenswichtige Betriebe. Die Brotversorgung wurde sichergestellt.

Wismar. Ebllicher Unglücksfall. Beim Grünfutters ausladen stürzte der Hofbesitzer Buchheim im nahen Dorfe Zepelin vom Wagen. Er fiel kopfüber zur Erde, wodurch er einen Gehirnbruch erlitt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Schwaan. Großes Schadenfeuer. Sonntag nachmittag brach auf dem Hof Gölbenik bei Schwaan ein großes Schadenfeuer aus, dem ein wesentlicher Teil des Wirtschaftsgedäudes zum Opfer fiel. Das Feuer entstand im Viehstall

während des Melkens und griff so schnell um sich, daß sich das Personal nur mit knapper Not retten konnte, während 20 Kühe 5 Starke und ein Hund umkamen. Im Viehhaus lagerten 60 Huber Heu, welche mitverbrannt sind. Außerdem ist eine Scheune mit mehreren hundert Hubern ungedroschenem Korn und etwa 800 Hubern gedroschenen Korns, sowie ein Schafstall und über 100 Huber Heu und Stroh mitverbrannt.

Lübeck i. Meck. Der Bezirksbildungsaussch. schuf die Lübeck-Lübeck hatte am Sonnabend, dem 27. August, auf Wunsch des hiesigen Ortsvereins der S. P. D. den Weg der freien Volksbildungspflege und die Arbeiterkassen" entsandt. Ausgehend von der Feststellung des systematischen terroristischen Verbrechens der Rechtschloßschwestern, die ungeliebt Nord auf Nord häufen und durch ihre wilde Hege die junge Republik abtötlich in immer neue Gefahren zu bringen suchen, sprach der Referent von der Demokratie und ihrem notwendigen Unterbau, der Volksbildung. Gerade in Mecklenburg war ja unter dem alten Regime absichtlich alles verabsäumt worden, was auch nur annähernd nach freier Volksbildung hätte aussehen können. Der dümmste Arbeiter war der mecklenburgischen Ritterschaft bekanntlich der liebste. Mit der Revolution setzten auch in Mecklenburg die neuen Bestrebungen einer freien Volksbildungspflege ein, ihre Keime aber sind noch sehr zart. Der Referent beleuchtete eingehend die Haupteinrichtungen, insbesondere das Büchereiwesen für Stadt und Land, die Volkshochschule, die Bekämpfung des Schundes in Wort und Bild. Er warnte gleichzeitig davor, etwa die Hände in den Schoß zu legen und sich darauf zu verlassen, daß der Staat oder die Gemeinde schon für das Nötige sorgen werde; er appellierte vielmehr an die Entschlossenheit der Arbeiterkassen, selber mit Hand anzulegen, durch Partei und Gewerkschaften sich aktiv sowohl organisatorisch wie finanziell an dem neu aufbauenden Volksbildungswesen zu beteiligen und sich so einen maßgebenden Einfluß auf diese Einrichtungen, die ja mit in erster Linie ihrem Wegem da seien, zu sichern. Um das mit starkem Beifall aufgenommene eingehende Referat und eine darauf folgende Diskussion, in der besonders Gen. Hopp die Versammlung auch seinerseits aufforderte, tatkräftiger als bisher mitzuarbeiten und so zu bewerkeln, das ihnen der hohe Wert der Bildungsarbeit voll zum Bewußtsein gekommen sei, schloß sich die Wahl eines örtlichen Bildungs-Hauptausschusses und seines Vorstandes an; es wurde mit Recht Wert darauf gelegt, daß bei seiner Zusammensetzung auch die Frauen und die Jugend durch je eines ihrer Mitglieder vertreten sind. Der Vorschlag wurde dem Gerichtspräsidenten Gen. Hopp, M. d. L., übertragen. Der Referent gab dem Ortsbildungsaussch. praktische Ratschläge für den Aufbau der zunächst zu leistenden Arbeit und für die dem maßgebend Stellen gegenüber zu unternehmenden Schritte und verweise dabei auf die in Lübeck gemachten Erfahrungen und die Beschlüsse der Linzer Arbeiter-Bibliothek-Konferenz. Das vom Bezirksbildungsaussch. aufgestellte Programm fand den ungeteilten Beifall der Versammlung.

Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 29. August.
Wortführer: G. Ehlers.

Der Wortführer fragt an, ob die Bürgerschaft mit den Beschlüssen des Eingabenausschusses einverstanden sei. — Schulmerich (Dem.) wünscht Besprechung der Eingabe über die Veränderung des Zustandes der Schulverhältnisse in der Schulstraße. Der Wunsch der Eltern, die Schule wieder voll ihren Zwecken dienlich zu machen, ist berechtigt. Er beantragt, die Eingabe dem Senat zur Berücksichtigung zu überweisen. — Bruhns (Soz.) erklärt, der Eingabenaussch. sei sich der Wichtigkeit dieser Frage wohl bewußt. Der Eingabenaussch. konnte jedoch nicht übersehen, ob die Wohnungs- oder Schulräumenot die wichtigste sei. — Der Antrag Schulmerich wird angenommen. — Eine Eingabe der Deutschen Volkspartei über die Klagen gegen die Bürgerschaft zum Beschluß erhoben und in der nächsten Bürgerschaftssitzung verhandelt. — Der Senat lehnt eine weitere Ermäßigung der Straßenbahnpreise für Schüler aus den Landgemeinden und eingemeindeten Orten ab. — Klein (Dem.) erhebt diesen Beschluß des Senats dem Aussch. zur Nachprüfung der Straßenbahnpreise zu überweisen. — Dies geschieht. — Der Senatkommissar begründet ferner die Unmöglichkeit der Ausbildung hiesiger Lehrerinnen als Gehilfen für die allgemeine Fortbildungsschule. Es wären viel zu hohe Kosten damit verbunden. Die Maßregel sei auch mit Rücksicht auf die Zeit nicht durchführbar. — Ferner wird vom Senatkommissar beantragt, daß infolge der eingetretenen Teuerung und Kostlage der Beamten die Behörden angewiesen worden seien, den Beamten und Angestellten am 1. September ein doppeltes Monatsgehalt auszuzahlen.

1. Antrag: Nachbewilligung für die Baubehörde. — Wolfzradt (Soz.) fordert schon aus hygienischen Gründen unbedingte Herstellung des Brunnens in Kienborf. Der ablehnende Standpunkt des Senates sei unverständlich. Wenn die Errichtung einer Zangeube in Stadthäusern verlangt werde, sei gleich Geld da, hier komme man den selbstverständlichen Bedürfnissen nicht nach. Der Redner stellt einen entsprechenden Antrag. — Neufeld (Dem.) bemängelt die jetzige Art der Nachforderungen. Heute erfordern diese wieder 1.300.000 Mark. Die betr. Anträge müßten dem Haushaltsaussch. überwiesen werden. — Vom Senat wird eine einseitigere Zusammenfassung der Nachforderungen zugesagt. — Senator Hopp weist darauf hin, daß den Mehrausgaben auch bedeutender Mehreinnahmen gegenüberstünden. Bei der Finanzbehörde sei es unmöglich, die Ausgaben vorher genau abzuschätzen. Die sprunghaft einsetzende Teuerung mache sehr oft eine vermehrte Zahl Unterstützungsbedürftiger. — Die Anträge 1, 2, 5, 6, 7, 8 werden auf Antrag Neufelds dem Haushaltsaussch. überwiesen. — Zum Antrag Wolfzradt bemerkt Senator Dr. Stöck, die Finanzbehörde habe die Errichtung des Brunnens wegen der hohen Kosten (7000 Mk.) abgelehnt. — Der Antrag Wolfzradt (Soz.) wird angenommen.

3. Antrag: Verklärung der Unterhaltungsstellen für die Marktflächen. — Wird angenommen.

4. Antrag: Wohnungsplan für Travemünde. — Heint (D.M.) wünscht Ausschusberatung, da der Antrag für die Entwicklung Travemündes zu bedeutungsvoll sei. Redner macht auf verschiedene wichtige, in Aussicht genommene Änderungen des Wohnungsplanes aufmerksam. — Der Senat ist mit einer Ausschusberatung einverstanden. — Der Antrag Heint wird angenommen.

5. Antrag: Bewilligung von Mitteln zur Einführung von Epilrasen. — Wird angenommen.

10. Antrag: Aufhebung von Lohnmaschinen. — Senator Henze geht in längeren Ausführungen auf die Vorgeschichte der Lohnmaschinen ein. Man müsse sich der Zeit erinnern, wo die Lohnmaschinen schwierige Formen angenommen hätten. Die Not sei so groß gewesen, daß unsere Maschinen unheimlichen und unerwarteten wilden Eingriffen ausgesetzt gewesen seien. Diesem Zustand habe man ein Ende machen müssen. Leider seien die Erwartungen, die wir auf unsere Moore gesetzt hätten, nicht erfüllt worden, und mit den vorhandenen Maschinen habe man den nötigen Lohn nicht gewinnen können. Bei der Bestellung brauchbarer Lohnmaschinen sei der Staat völlig den Fabrikanten ausgeliefert gewesen. Schließlich habe sich auch herausgestellt, daß sowohl die Lohnmaschinen wie die des geschlagenen und vom Landesverwaltungen zum Kauf gebrachten Holzes sehr schlecht gewesen seien. Die Reparaturen nach schlechterer Beschaffenheit seien zum Glück nicht eingetroffen und so wisse eben die Ausgabe für die Maschinen als Beschaffungsmittel eines erheblichen Schadens betragen zu werden. — Hopp (Dem.) beantragt Ausschusberatung. — Hopp (frakt.) glaubt nicht, daß es damals notwendig war,

ohne Zustimmung der Bürgerschaft die Maschinen anzuschaffen. Der Ankauf sei zudem unpraktisch vorgenommen worden. Jede sachmännische Beratung habe gefehlt. Es sei überhaupt gleich am Anfang zu teuer fabriziert worden, zudem sei die Qualität des Lorzes sehr jämmerlich ausgefallen. — Senator Henze erhebt, die stenographischen Berichte der damaligen Bürgerschaftssitzungen nachzulesen, in denen die Brennstoßnot trag geschilbert ist. Dem Staat sei es zur Pflicht gemacht worden, für Feuerungsmaterial zu sorgen. Die Fachleute seien ebenfalls bei der Anschaffung der Maschinen gehört worden. Es habe sich auch nicht nur um wenige Moore gehandelt, sondern die Bürgerschaft habe sogar einem Moorenteignungsgelei zugestimmt und dem Senate das Recht gegeben, weitere Moore gegebenenfalls anzukaufen. — Heint (D.M.) unterstützt die Ausführungen von Senator Henze und betont, daß das eine Moor vorzüglichsten Lorz liefere. Das noch lagernde Holz sollte man so rasch wie möglich abstoßen. — Hopp (Soz.) macht Herrn Hopp darauf aufmerksam, daß auch heute noch die Fabrikanten sich jedes Recht der Lieferung und des Preises vorbehalten. Zu dem von Herrn Hopp angeführten Preise (8 Mark pro Zentner) sei guter Lorz nicht zu erhalten. Die damaligen trostlosen Zustände müsse man sich vor Augen halten und dürfe nicht den heutigen kritischen Maßstab anlegen. Die Ausgabe müsse tatsächlich als Versicherungsprämie gebucht werden. — Hopp (frakt.) glaubt, man wäre mit den kleinen Maschinen ausgekommen. — Neufeld (Dem.) bedauert, daß die Forderung so spät gestellt wird. Seinerzeit würde niemand Einspruch erhoben haben. — Hopp (Dem.) zieht seinen Antrag zurück. — Der Senatsantrag wird angenommen.

11. Antrag: Zustandhebung von Baracken. — Wird angenommen.

12. Antrag: Erhöhung der Lohnsätze für das Personal der Lübecker Straßenbahn. — Wird angenommen.

Wie die Betriebsbehörde mittelst, haben die vorgenommenen Berechnungen ergeben, daß die künftigen Mehrausgaben, soweit sie sich gegenwärtig übersehen lassen, nur dann gedeckt werden können, wenn der Fahrpreis für jede Fahrt um 20 Pf. erhöht werde. Von einer Erhöhung des Preises für die Schülerfahrtscheine sei abzusehen, und der durch Rat- und Bürgerbeschluß vom 10. August eingeführte Zuschlag von 20 Pf. für Fahrten an den Sonn- und gesetzlichen Feiertagen könne in Wegfall kommen. Die Betriebsbehörde beantragt die Fahrpreise wie folgt festzusetzen:

1. für 2 Zonen	80 Pf.
für 3 Zonen	100 Pf.
für 5 Zonen	120 Pf.
für 7 Zonen	140 Pf.
für 9 Zonen	160 Pf.
für 11 Zonen	180 Pf.

2. Der Preis für Monatskarten, nur gültig an Werktagen, beträgt:

für 2 Zonen bei 2maliger Fahrt	37 M.	bei 4maliger Fahrt	73 M.
für 3 Zonen bei 2maliger Fahrt	46 M.	bei 4maliger Fahrt	91 M.
für 5 Zonen bei 2maliger Fahrt	54 M.	bei 4maliger Fahrt	105 M.
für 7 Zonen bei 2maliger Fahrt	62 M.	bei 4maliger Fahrt	116 M.
für 9 Zonen bei 2maliger Fahrt	69 M.	bei 4maliger Fahrt	131 M.
für 11 Zonen bei 2maliger Fahrt	74 M.	bei 4maliger Fahrt	144 M.

3. Für Beförderung in Sonderwagen, für Beförderung von Postbeuteln und Zeitungen, sowie für sonstige Transporte wird auf die bisherigen Gebühren ein entsprechender Zuschlag erhoben.

4. Der Preis für Schülerfahrtscheine ohne Zonenbegrenzung (Bündel zu 15 Stück) beträgt 750 Mk.

5. Auf allen Straßenbahnwagen, die nach 9 Uhr abends die Endstelle verlassen, wird der doppelte Fahrpreis erhoben. Dementsprechend sind bei Benutzung von Bündel- oder Schülerfahrtscheinen zwei solche Scheine in Zahlung zu geben. Monatskarten werden vom Abendzuschlag nicht betroffen.

6. Gepäckstücke und Hunde sind nach dem Personentarif abzufertigen.

13. Antrag: Erhöhung der Löhne der Gemeinde- und Staatsarbeiter. — Wird angenommen.

14. Antrag: Ertrag von Nachträgen zu den Pensions- und Hinterlassenenangelegenheiten. — Schermer (Soz.) fordert, daß die

Das Zahnpulver Nr. 23

reinjigt die Zähne so vollkommen, daß schon nach kurzem Gebrauch das Aussehen ders. bedeutend verbessert wird. In den Apotheken und Drogerien.

Heute eröffne ich
M ü h l e n s t r a ß e 5
ein

Spezialgeschäft für Aluminiumwaren.

Durch Großeinkäufe für mehrere Filialen bin ich in der Lage, preiswert und gute Ware zu liefern.

Bei der Gelegenheit möchte ich besonders auf meine Spezialität hinweisen:

Cordts austauschbarer Topf-Griff

für Aluminiumtöpfe.

D.R.P. ang.

D.R.G.M.

Kein Verbrennen der Finger mehr!

Ich bitte um gütigen Zuspruch.

5818

ALUMINIUMHAUS CORDTS

Berlin. — Lübeck. Bureau: Geibelplatz 4.

Lübecker Straßenbahn.

Gemäß Beschluß der gesetzgebenden Körperschaften tritt eine Erhöhung der Fahrpreise der Lübecker Straßenbahn ein. Die 20 Pf. für jede Fahrt beträgt.

Der Preis für Schülerfahrtscheine bleibt, wie bisher, bestehen. Für die Monatskarten kommt ein entsprechender Aufschlag zur Anwendung (Preise siehe unten).

Der besondere Fahrgehaltsaufschlag von 20 Pf. an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen kommt in Wegfall, so daß also sowohl Werktag als auch Sonn- und Feiertag wieder die gleichen Preise erhoben werden.

Der Fahrpreistarif lautet demnach ab 31. August 1921 wie folgt:

a) Einzelfahrtscheine:

	bis 9 Uhr abends	nach 9 Uhr abends
2 Zonen	80 Pf.	160 Pf.
3	100	200
5	120	240
7	140	280
9	160	320
11	180	360

b) Fahrtscheine ohne Zonenbegrenzung für Schüler:

Bündel zu 15 Stück zum bisherigen Preise von Mk. 7.50.

c) Monatskarten, nur gültig an Werktagen:

	2 mal Fahrt	4 mal Fahrt
für 2 Zonen	Mk. 37.—	Mk. 73.—
3	46.—	91.—
5	54.—	105.—
7	62.—	116.—
9	69.—	131.—
11	74.—	144.—

d) Beförderung von Gepäckstücken und Kunden:

Fahrpreise wie zu a für Personenbeförderung.

e) Abendzuschlag auf allen Wagen, die nach 9 Uhr abends die Endstelle verlassen:

Der Fahrpreis verhörselt sich auf allen Wagen, die nach 9 Uhr abends die Endstelle verlassen, für Fahrten auf Einzelfahrtscheine, Bündel und Schülerfahrtscheine durch Ausgabe bezw. Entwertung von je zwei gleichen Fahrtscheinen.

Wenig ist für Kunde und Gepäckstücke mit Einlegen des Abendzuschlages der doppelte Fahrpreis (Personenfahrpreis) zu entrichten.

f) Ein- und zweimaliges Umsteigen:

Auf alle Einzelfahrtscheine ist einmaliges Umsteigen gestattet, wenn dies bei der Lösung unter Zielangabe ausdrücklich verlangt wird.

Im Verkehr von Linie 14 und 15 auf Linie 4, 5, 9, 10, 11, 12 und umgekehrt wird bis auf weiteres ein zweimaliges Umsteigen gestattet, wenn dies den Schaffnern vor Kennzeichnung des Fahrtscheines unter ausdrücklicher Zielangabe bekanntgegeben wird.

Zur Beachtung! Zur Verwertung alter Fahrtscheine behält sich die Verwaltung für 20 Pf. Fahrpreis ein 15 Pf. Fahrtschein vor.

Die Fahrgäste haben zur Vermeidung von Unannehmlichkeiten darauf zu achten, daß ihre Fahrtscheine mit dem entrichteten Fahrgehalt übereinstimmen.

Umtausch von Fahrtscheinebündeln des bisherigen Tarifes an unserer Kasse Kockstraße 49a oder durch Einzahlung im Briefumschlag.

Lübeck, im August 1921.

Die Betriebsbehörde.

Abtlg. Straßenbahn.

Rechnungs-Formulare

hergestellt prompt an

Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 44.

Schleifen und Bänder in den republikanischen Farben

Schwarz-Rot-Gold

billigst zu haben.

Buchhandlung „Lübecker Volksbote“

Johannisstraße 46.

Achtung, Metallarbeiter!

Wir fordern hiermit alle Kollegen auf, sich am Mittwoch geschlossen an der Demonstration gegen den politischen Meuchelmord und für die Republik zu beteiligen.

Die Ortsverwaltung.

Unser Verbandsbureau bleibt Mittwoch nachmittag geschlossen. (5838)

Nordische Woche

Die Festschrift der Nordischen Woche

mit dem offiziellen Programm, Ausstellerverzeichnis der Musterschau und Beiträgen von Vortragenden der Nordischen Woche und anderen Autoren ist erschienen und in Buchhandlungen zu beziehen. Ladenpreis 7.50 Mk.

Programmänderungen.

Die Vorträge von Frau Dr. Munch-Petersen und Dr. Gertrud Bäumer werden im Börsensaal (Rathaus) stattfinden.

Der Vortrag von Professor Kjeffén „Die Entwicklungslinie im schwedischen Parlamentarismus“ wird verlegt auf Freitag, dem 2. September, vorm. 12 Uhr, Johanneum.

Theaterkarten für Auswärtige u. Ausländer

sind in beschränkter Anzahl von den Platzgruppen I—III reserviert und werden nur gegen Ausweise, welche von der Geschäftsstelle Untertrave 110 ausgestellt werden, abgegeben.

Fledermaus und Meistersinger sind vollständig ausverkauft; auch sind die reservierten Karten bereits vergeben.

Kurtaxe in Travemünde.

Teilnehmer der Nordischen Woche, welche in Travemünde Wohnung nehmen, werden in der Zeit vom 1.—11. September von der Kurtaxe befreit. Ausweise zum Nachweis, daß Vorzeiger Teilnehmer der Nordischen Woche ist, werden gegen Vorzeigung von Eintrittskarten zu Veranstaltungen auf der Geschäftsstelle der Nordischen Woche Lübeck Untertrave 110 ausgestellt. (5814)

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, dem 30. August abends 7 1/2 Uhr,

im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

1. Bericht von den am 19. August stattgefundenen Verhandlungen mit dem Arbeitgeber-Verband.
2. Bewilligung von Geldern aus der Lotteriekasse.
3. Verschiedenes.

5778) Die Ortsverwaltung.

Dr. med. Stoffer

zurückgekehrt. 5834

Geräucherte Aale, Bücklinge,

„Roches“

Paul Lohrmann

5835) Hundestr. 95.

Für Metalle

Lampen, Zeitungen, Aktien usw. zahlen die höchst. Preise Erdmann & Scheuermann, 5835) Glockengießerstr. 61.

Schlafzimmer, Korbstühle,

Worbsweder Möbel

billigst u. in bester Qualität.

Fischstr. 21.

Täglich

fr. junges

fettes

Korbfleisch und

ff. Würst.

Fr. Kollmann,

5806) Reiferstr. 8.

Hüte

zum Umarbeiten und Umprägen

erbitte baldigst (5805)

Elli Weber,

28 Fleischhauerstr. 28.

Stuhlflöhe 4.50, Stühle 10 b.

50, Schaffel 290, Bettstellen

80—500, eif. Kinderbettstell.

Rüchen, 1 Stüch. grau, zurück-

gelegt billig. Georg Topp,

Möbelhdlg. Markesgrube 24.

(5834)

Dr. Brittelts Hof

verk. ab Lager u. frei Haus.

W. Schwarz, Malblumenstr. 10.

5803) Fernruf 8315.

Molkerei-Butter

etwas durch die Hitze gelitten,

pro Pfd. Mk. 21.—

Sanitäts-Molkerei, Lübeck.

Verkaufsstellen: (5818)

Wegener, Wahnstraße 10.

Janden, Beckergrube 7.

San.-Molk., Diarlistr. 17a.

Neues Volksliederbuch

mit Anleitung zur Lautenbegleitung.

Preis Mk. 5.50.

Buchhandlung

Friedr. Meyer & Co.,

Johannisstraße 46.